

Mitgliederversammlung 1979 des Grenzfriedensbundes

am Sonnabend, dem 5. Mai 1979, um 10.00 Uhr
im „Handwerkerhaus“ in Husum

Achtung! Hinweis für unsere Mitglieder!

Der Mitgliedsbeitrag für das Jahr 1979 beträgt

für Einzelmitglieder	5,— DM
für korporative Mitglieder	25,— DM

Der Einfachheit halber bitten wir, eine Einzugsermächtigung (Vordruck siehe am Schluß dieses Heftes) ausgefüllt und unterschrieben an unsere Geschäftsstelle, Südergraben 53, 2390 Flensburg, zu senden.

Die Geschäftsstelle des Grenzfriedensbundes ist in Flensburg

Südergraben 53, 2390 Flensburg
Geschäftsführer: Hans Olland
Sprechzeit: Montag-Freitag 9-12 Uhr
Fernsprecher (04 61) 2 67 08
Bankkonto: Stadtparkasse Flensburg 200 10 20
Postscheckkonto: Hamburg 114 07-206

WAS DIESES HEFT BRINGT

	Seite
<i>Artur Thomsen</i> Es ist eine Wahl — anders als die anderen	44
<i>Fr. Rudbeck</i> Schleswig-Holstein als Nachbar Dänemarks	47
<i>Artur Thomsen</i> Vor der Landtagswahl: Ein echtes Dilemma	52
<i>Gerd Vaagt</i> Wege und Wandel einer nationalen Minderheit	56
<i>Ernst Siegfried Hansen</i> Die Grenzfrage während des Zweiten Weltkrieges.....	67
<i>Thomas Rørdam</i> Die Heimvolkshochschulen Dänemarks — besonders Rødding Højskole.....	76
<i>Hans Peter Johannsen</i> Die alte Tingleffer Volkshochschule aus der Sicht des Nachbarhauses	84
Umschau ab Seite 88	

GERD VAAGT, geb. 1929 in Flensburg; dort Abitur am Alten Gymnasium; Studium an den Universitäten Kiel und Marburg; Veröffentlichungen zur schleswig-holsteinischen Landesgeschichte und Flensburger Stadtgeschichte, u. a. Mitautor des Buches „Flensburg, Geschichte einer Grenzstadt“; Leiter der Kooperativen Gesamtschule Flensburg-Adelby.

*

FR. RUDBECK, 1916 in Berlin geboren. Mein Vater stammte aus Hadersleben. 1927 zogen wir nach Hadersleben zurück. War später eine geraume Zeit bei der Landwirtschaft beschäftigt. Besuchte verschiedene Schulen zur Weiterausbildung. Nach 1945 in grenzpolitische Arbeit verwickelt. 1947-52 Sekretär bei Sydslesvigsk Udvalg und seit 1952 zunächst als Reiseinspektor bei Grænseforeningerne und später als Landessekretär tätig, wo ich mich mit Organisation und Aufklärung befasste und der zentralen Verwaltung angehöre. Ich betätige mich auch als Publizist für dänische Zeitungen und Zeitschriften.

ERNST SIEGFRIED HANSEN, geb. 1917 in Bredebro/Kreis Tondern. Nach Abitur am Deutschen Gymnasium in Apenrade 1937-39 Presseausbildung in Flensburg und Berlin. 1940-42 ergänzendes Geschichtsstudium in Berlin, 1942-44 Ausländskorrespondent in Paris. 1944-53 als Redakteur in Nordschleswig, Mitbegründer des Bundes deutscher Nordschleswiger. 1953 bis heute in Kopenhagen, seit 1957 als Ausländskorrespondent der Deutschen Presse-Agentur (dpa) für Dänemark und Norwegen.

*

THOMAS RØRDAM, geb. 31. 1. 1913. Studium der Staatswissenschaften, Cand. polit., Schriftsteller. Seit 1956 Volkshochschullehrer in Rødding. Verwaltungsmitglied der Dänischen Gesellschaft, Kopenhagen, deren Zweck es ist, in anderen Ländern das Wissen über dänische kulturelle Verhältnisse zu verbreiten.

Die Grenzfriedenshefte erscheinen vierteljährlich und werden vom Grenzfriedensbund herausgegeben. Sie sind eine Mitgliederzeitschrift und im freien Handel nicht erhältlich.

Der Bezugspreis entspricht dem Mitgliedsbeitrag des Grenzfriedensbundes.

Für die mit Autorennamen versehenen Beiträge zeichnen die Verfasser verantwortlich.

Redaktion: Ernst Beier, Waldstraße 40, 2390 Flensburg

Geschäftsstelle: Südergraben 53, 2390 Flensburg

Druck: Severin Schmidt GmbH & Co., Graphische Werke, Flensburg

GRENZ- FRIEDENS- HEFTE

EUROPA – WAS IST DAS?

Das Europa der Sage

Europa war die schöne Tochter des Phönikerkönigs Agenor. Zeus, der höchste der griechischen Götter, verwandelte sich in einen Stier und entführte sie auf die Insel Kreta. Ihr Sohn, der Kreter-König Minos, gilt als Begründer der ersten europäischen Hochkultur.

Das Europa der Geographen

Nach Australien ist Europa der kleinste der fünf Erdteile, mit zehn Millionen Quadratkilometern nicht größer als Kanada. Er ist dicht besiedelt — 630 Millionen Menschen leben in den 34 europäischen Staaten.

Das Europa der Geschichtsschreiber

Europa, der Westen, das Abendland. Daher vielleicht auch der Name, vom semitischen Wort für „dunkel“. Europa ist das Ursprungsland der modernen Zivilisation, und es war mehr als tausend Jahre lang der „Mittelpunkt der Welt“.

Das Europa der Weltpolitik

Ost und West, Warschauer Pakt und NATO stehen sich in Europa gegenüber und teilen den Kontinent. Diese Spannungen einzudämmen und abzubauen ist eine der großen Aufgaben der Weltpolitik.

Das Europa der Gemeinschaft

Neun westeuropäische Demokratien mit rund 260 Millionen Bürgern versuchen in der Europäischen Gemeinschaft (EG) eine wirtschaftliche und politische Union zu

bilden.

Um dieses Europa geht es bei der Wahl des Europäischen Parlaments. Obwohl wir im Sprachgebrauch von der „Gemeinschaft“ reden, sind es in Wirklichkeit drei: die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (Montanunion), die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und die Europäische Atomgemeinschaft (Euratom).

Sie wurden alle in den fünfziger Jahren mit eindeutig politischem Ziel gegründet. Außerdem koordinieren die Mitgliedsstaaten seit 1970 in der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ) ihre Außenpolitik.

Mitglieder der Europäischen Gemeinschaft sind neben der Bundesrepublik Deutschland Belgien, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Irland, Italien, Luxemburg und die Niederlande.

Die Wahl zum Europäischen Parlament

Es ist eine Wahl — anders als die anderen. In wenigen Monaten werden Deutsche und Belgier, Briten, Dänen, Franzosen, Holländer, Iren, Italiener und Luxemburger zum ersten Mal in der Geschichte Europas gemeinsam zur Wahl gehen. Sie wählen ein Europäisches Parlament.

Es ist in den letzten dreitausend Jahren immer wieder versucht worden, die Völker Europas zu machtvollen Weltreichen zusammenzuzwingen, durch Eroberung, Besetzung und Unterdrückung — mit Schwertern, Gewehren, Bomben.

Im Juni 1979 versuchen wir zum ersten Mal, ein geeintes Europa mit dem Stimmzettel zu erreichen, kein Europa der Feldherren, ein Europa der Bürger.

Diese Wahl wird entscheiden, wie die politischen Kräfte in diesem Parlament und in der europäischen Politik in den nächsten Jahren verteilt sein werden, welche Rolle Sozialdemokraten und Christdemokraten, Liberale, Konservative und Kommunisten in der europäischen Politik spielen werden.

Europas Bürger werden mit dieser Wahl zugleich aber auch die Weichen für eine neue Etappe friedlicher Zusammenarbeit in Europa stellen. Es kommt darauf an, daß das direkt gewählte Parlament sich von der ersten Stunde an auf einen eindeutigen Auftrag der Bürger stützen kann.

Diese Wahl soll ein Signal setzen.

Entnommen aus: „Europa wählen“, herausgegeben vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung.

Es ist eine Wahl — anders als die anderen

Mit dem nebenstehenden Aufruf beginnt eine Broschüre des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, in der mit Artikeln, Tabellen, Fotos, Karikaturen und Zitaten unterstrichen und hervorgehoben, betont und beschworen wird, daß wir die europäische Einigung brauchen, wenn wir die Zukunft bestehen wollen. Alle namhaften „Europäer“ kommen mit geschichts- oder zukunftssträchtigen Aussprüchen zu Wort. Man traut sich fast nicht, nach diesem Höhenflug zunächst wieder in unserem vertrauten und engen Schleswiger Land zu Boden zu gehen und von hier aus auf Europa zu gucken. Verstellt es einem womöglich den Blick, wenn man von hier oder von Sizilien, aus der Bretagne oder dem schottischen Hochland, von Jütland oder Flandern aus die europäische Szene betrachtet? Das kann nicht sein; denn die ca. 260 Millionen Menschen, die im Juni dieses Jahres ein gemeinsames Parlament bekommen werden, wohnen doch alle irgendwo hinter ihrem eigenen Gartenzaun, haben ihre kleinen Interessen und Wünsche und müssen sich recken, wenn sie über ihren engen Umkreis hinaus weiter in die Runde sehen wollen.

Riskieren wir also unbekümmert einen Blick aus unserem Grenzland! Wir haben ja Erfahrungen darin, wie Menschen verschiedener Völker miteinander leben können, auch darin, wie es gegeneinander geht. Die Geschichte unseres Landes kennt genug Beispiele, wie ein Volk das andere zu beherrschen versucht, mit welchen Mitteln und Methoden man so eine Herrschaft errichtet und behauptet, und auch, wie man sie wieder abschüttelt. Immer war Kampf, Krieg und Gewalt dabei im Spiel. Wie gut, daß wir seit drei Jahrzehnten auch gelernt haben, wie man ohne Gewalt miteinander auskommt. Wir wissen aus dieser Erfahrung, daß zu einem solchen Zusammenleben außer friedlichen Absichten gehört, daß man voneinander etwas weiß, damit man sich verstehen lernt. Und aus dem Verstehen wächst mit der Zeit Verständnis und Sympathie. Dieses Wissen können wir doch in Europa einbringen. Vielleicht haben auf die Dauer die Nordiren, die Bretonen oder die Südtiroler Nutzen davon, wenn auch die Probleme dort natürlich ganz anders liegen als bei uns.

Gerade unsere dänischen Nachbarn wissen auch, wie man als Unbeteiligter in die Auseinandersetzung anderer hineingezogen werden kann, wenn stärkere Staaten die Wünsche und Rechte der kleineren mißachten. So geriet Dänemark 1940 in den Krieg Hitlers gegen England. Diese Erfahrung müßte eigentlich dänische Skeptiker überzeugen, daß die Zusammenarbeit, ja der Zusammenschluß der Staaten Europas die sicherste und vielleicht einzige Garantie dafür ist, daß die

europäischen Völker nie wieder etwas gegeneinander unternehmen, einander also auch nicht mehr überfallen, wie es die Deutschen — leider — mit den Dänen gemacht haben. Ein gemeinsames Europa — das ist eine Garantie des Friedens zwischen den Völkern dieses Erdteils.

Das sind zwei Gründe für uns hier an der Grenze, das Zusammenwachsen Europas zu fördern: Wir haben etwas zu geben, nämlich unsere Erfahrungen mit volklicher Nachbarschaft. Und wir haben etwas zu nehmen, nämlich die Gewißheit, daß sich 1850, 1864 oder 1940 nicht wiederholen.

Es gibt noch einen dritten Grund: Die Europäische Gemeinschaft hat mit rein wirtschaftlicher Zusammenarbeit begonnen. Sie erinnert darin an den Deutschen Zollverein von 1834, der die Staaten des Deutschen Bundes durch Handel und Verkehr miteinander verband, lange bevor sie für eine politische Einigung „reif“ waren. Die Wirtschaftsgemeinschaft der europäischen Staaten wird bei allem Enthusiasmus der begeisterten „Europäer“ bis heute noch allzu oft gebremst von dem Egoismus der einzelnen Staaten. Die Wahl zu einem europäischen Parlament aber, zu der wir im Juni aufgerufen sind, kann als ein erster Schritt zu einer politischen Einigung angesehen werden. Schon deshalb verdient sie unsere Unterstützung, und das heißt unsere Teilnahme. Und ein Parlament, das weiß jeder Demokrat, ist um so stärker und einflußreicher und kann um so selbstbewußter auftreten, je mehr Wähler hinter dieser Volksvertretung stehen. Wir bringen also die europäische Einigung einen wichtigen Schritt voran, wenn wir ein gemeinsames Parlament wählen.

*Schließen wir uns also dem Aufruf der Bundesregierung an:
Gehen wir zur Wahl!*

Europäische Parteigruppierungen

Die politischen Parteien haben sich in großen europäischen Parteigruppierungen mit gemeinsamen Wahlprogrammen zusammengeschlossen, ohne daß diese politischen Vereinigungen jedoch selbst an der Wahl teilnehmen.

Die Sozialdemokraten und sozialistischen Parteien bilden den „Bund der sozialdemokratischen Parteien in der Europäischen Gemeinschaft“. Er hat Mitgliedsparteien in allen Ländern der EG.

Die christlich-demokratischen Parteien haben sich zur „Europäischen Volkspartei“ (EVP) zusammengeschlossen. Sie ist in Großbritannien und Dänemark nicht vertreten. Die liberalen Parteien gründeten die „Föderation der liberalen und

demokratischen Parteien der Europäischen Gemeinschaft“. Sie wird von Parteien in allen EG-Staaten getragen, außer Irland.

Daneben treten insbesondere in Großbritannien und Dänemark die „Konservativen“, in Frankreich die Gaullisten sowie in verschiedenen Ländern die kommunistischen Parteien zur Wahl an.

Schleswig-Holstein als Nachbar Dänemarks

In dem nachstehenden Aufsatz des Reiseinspektors und Landessekretärs von Grænseforeningene, der alten und großen reichsdänischen Grenzorganisation, ist unüberhörbar eine erhebliche Skepsis gegenüber einer — wenn auch bejahten — engen dänisch-schleswig-holsteinischen bzw. dänisch-bundesdeutschen oder gar europäischen Zusammenarbeit, Skepsis, sicherlich auch im Hinblick auf die Wahl zum europäischen Parlament.
(Die Red.)

Kann man überhaupt über ein Nachbarschaftsverhältnis zwischen dem Königreich Dänemark und dem norddeutschen Bundesland Schleswig-Holstein sprechen, und wie verhält es sich in diesem Fall mit dieser Nachbarschaft? Völkerrechtlich und staatsrechtlich bestehen keine größeren Bindungen zu Schleswig-Holstein. Für die Staatsregierung in Kopenhagen gehen die Wege eher nach Bonn als nach Kiel. Im näheren Verhältnis zur deutsch-dänischen Grenze und die durch die Nähe der Grenze entstandenen Aspekte kann man wohl von einer Annäherung sprechen, die dann aber wieder kaum über das engere Grenzgebiet — das Amt Sønderjylland und die schleswigschen Grenzkreise und die Stadt Flensburg — hinausgehen. Dänischerseits bestehen als Folge der historischen Entwicklung immer noch zu viele Ressentiments, um von einer allgemeinen Überwindung der Grenze zu sprechen, die sich auf längere Sicht in gute Freundschaft umwandeln läßt.

Wenn man auch beiderseits die Ressentiments der Geschichte und der deutschdänischen Auseinandersetzungen zu überwinden versucht, bestehen doch immer noch die nationalen Minderheiten und deren Verhältnisse, die sich zur Zeit wohl als harmonisch beschreiben lassen, wo aber — ohne daß es eigentlich gewollt ist — sich zu jeder Zeit ein neuer Spuk entwickeln kann, wenn auch die Zeit vorüber sein sollte, da Minderheiten als Hindernisse freundschaftlicher Beziehungen der Länder betrachtet werden. Beide Minderheiten, die deutsche in Nordschleswig und die dänische in Südschleswig, werden heute als integrierte Teile ihres Herbergslandes angesehen. Ihre Eigenständigkeit als Träger der Kultur des Nachbarlandes und damit auch ihre Identität, die eine Grundlage des Selbstbewußtseins der Minderheiten ist, wird allgemein respektiert. Auf diesem Gebiet sind wir auf beiden Seiten der Grenze einen bedeutenden Schritt weitergekommen.

Die wirtschaftlichen und politischen Förderungen der EG werden mit der Zeit zu einem weiteren Abbau der Grenzen führen. Das eröffnet auch neue Wege für eine friedliche und pragmatische Zusammenarbeit beider Länder. Dänemark wird sicher weiterhin zurückhaltend sein, wenn von einer Institutionalisierung der

Zusammenarbeit die Rede ist. Man darf es nur nicht als Folge einer historisch bedingten Zurückhaltung sehen, sondern auch als Ausdruck einer Temperamentsverschiedenheit betrachten, die sich auch im Verhältnis zwischen den skandinavischen Ländern zeigt. Man hat viel von dem einigen Norden gesprochen, aber sehr wenig tun können, um den nordischen Gedanken in praktische Politik umzusetzen. Der Nordische Rat — Nordisk Råd — ist kein skandinavisches Parlament. Es ist eben ein Rat, wo die praktischen Möglichkeiten für eine einigermaßen gleichartige Politik beraten werden, aber jedes nationale Parlament nie auf sein Recht der Selbstbestimmung verzichten möchte.

Dänemarks Beitritt zur EG hat, genau wie es nach dem Beitritt der Bundesrepublik in die Nato der Fall war, vieles gelockert, was ursprünglich als unveränderlich galt. Die größere Freizügigkeit der Betriebe — hier zum Beispiel die dänische Industrieansiedlung im Flensburger Raum — der Menschen und dadurch das Treffen über die Grenze hinweg haben auf vielen Gebieten zu einer Annäherung geführt, die einige wohl als eine große Gefahr für die Selbständigkeit ansehen, andere aber als eine gesunde Entwicklung im Ausgleich früherer Gegensätze. Verständlicherweise wird das kleine Land Dänemark aber immer zurückhaltend sein. Die Furcht vor Unterwanderung kann nicht ohne weiteres abgewiesen werden. Alleine schon dem deutschen Sprachgebiet gegenüber muß Dänemark um die Zukunft seiner eigenen Sprache fürchten, wenn auch der deutschsprachige Druck dem Dänischen gegenüber — wie es Jahrhunderte hindurch der Fall war — auch deutlich abgenommen hat, ja sogar zu einer Art von dänischem Sprachvorstoß in beinahe rein deutschsprachiges Gebiet geführt hat, wie es die dänische Entwicklung in Südschleswig heute zeigt.

Andererseits muß das Interesse der Dänen für Schleswig-Holstein immer zurückhaltend sein. Nicht nur wegen der Südschleswigfrage, der gegenüber man im allgemeinen in Dänemark kaum größeres Interesse zeigt, weil sie nicht länger mit Spannungen belastet ist und weil sie als grenzpolitische Schicksalsfrage überholt erscheint. Für Dänemark ist Schleswig-Holstein ein Teil der Bundesrepublik Deutschland, weshalb nur wirtschaftliche, aber keine engeren politischen Beziehungen bestehen. Viele Dänen betrachten von vornherein alle Beziehungen zur Bundesrepublik mit Bedenken und Mißtrauen und sähen lieber, daß Dänemark alleine nach dem Norden oder dem Westen orientiert wäre. Die Furcht einer bundesdeutschen Dominanz sehen viele durch das Gerede von einer Region Nord von Hamburg bis Kopenhagen eher bestätigt und warnen auch vor einer allzu intimen Beziehung zu Schleswig-Holstein. Gewiß spricht man auch in Dänemark von dem abnehmenden Nationalgefühl, in der Frage Deutsch-Dänisch ist das aber noch lange nicht der Fall. Es ist vielleicht auch eine Frage, ob es der Fall sein möge. Ein Europa der Europäer wird es kaum geben und würde auch als Unglück Europas zu bezeichnen sein. Gerade die Vielfältigkeit der Nationen

Europas — wenn sie auch auf vielen Gebieten als ein vielleicht zu schillerndes Bild der Auseinandersetzungen gezeichnet wird — ist auch der Reichtum Europas, der nicht ohne weiteres beseitigt werden soll.

Deshalb werden die Minderheitenfragen, wenn sie in der deutsch-dänischen Politik auch keine größere Rolle mehr spielen, doch weiterhin die Grenze markieren, wenn auch die Minderheiten, richtig aufgefaßt, zugleich Bausteine eines besseren Verständnisses werden können. Keiner nimmt Anstoß daran, das Schleswig-Holstein der deutschen Minderheit in Nordschleswig seine Unterstützung zusagt, und jeder Versuch einer Einengung der Lebensbedingungen dieser Minderheit würde in Schleswig-Holstein mit Befremden konstatiert werden. Dänischerseits wird man sich genau so verhalten, wenn auch die Belange der dänischen Minderheit im allgemeinen mehr als eine Staatsangelegenheit empfunden werden oder als Sache der allezeit in Grenzlandangelegenheiten Engagierten. Doch darf man diese scheinbare Gleichgültigkeit nicht mit einer direkten Absage verwechseln, die sich bei neuen oder zukünftigen Spannungen sehr schnell in ein breites Engagement und Mitleben mit der Minderheit ändern kann. Vieles ist deshalb davon abhängig, wie Schleswig-Holstein sich zu der dänischen Minderheit verhält. Man kann das abstrakt nennen, darf aber hier auch nicht die Vergangenheit vergessen.

Dasselbe Bild zeigt sich im Verhältnis zwischen Sønderjyllands Amt und dem Lande Schleswig-Holstein. Möchte man hier auch nicht gern über die Vergangenheit sprechen, bildet sie trotz allem ein nie ganz zu beseitigendes Hindernis und ist eine hauptsächliche Ursache der nordschleswigschen Zurückhaltung. Hier darf man auch nicht übersehen, daß gerade Sønderjyllands Amt sich am stärksten von der historischen Entwicklung beeinflußt fühlt, wenn man auch gleichzeitig dazu bereit ist, neue Wege zu betreten, wie es durch die Deutsch-Dänischen Tage der Fall ist und wie es sich auf pragmatischer Basis in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit bewährt hat. Im Dänischen spricht man oft davon, man soll nicht mit den Großen Kirschen essen, dann bekommt man selber die Steine an den Kopf. Hier betont aber Amtsbürgermeister Erik Jessen, Åbenrå, das es uns natürlich bekannt ist, das es an vielen europäischen Grenzen im Vergleich zum deutsch-dänischen Grenzraum eine mehr institutionalisierte Zusammenarbeit gibt, aber von dänischer Seite sind wir nicht daran interessiert, Institutionen und Büros aufzubauen, sondern unser Interesse besteht darin, von Fall zu Fall an einer Zusammenarbeit in jenen Kontaktorganen mitzuwirken, die geschaffen wurden, um zu einem Ausbau der Zusammenarbeit im Grenzgebiet beitragen zu können.

Darum führt der Weg auch von Nordschleswig gerade über die dänische Minderheit. Genau wie kein Bonn-Politiker, der für Grenzlandfragen im deutschdänischen Gebiet zuständig ist, eine Gelegenheit versäumt, der

deutschen Minderheit in Nordschleswig einen Besuch abzustatten, genauso fühlt man sich dänischerseits der dänischen Minderheit gegenüber verpflichtet. Für Dänemark ist diese Minderheit gefühlsmäßig ein Teil des dänischen Volkes. Das erklärt auch die großzügige geldliche Unterstützung dieser Minderheit. Andererseits fühlt man sich genauso verpflichtet, der deutschen Minderheit eine angemessene Unterstützung zuzusagen. Hier verpflichtet die Gesetzgebung, nach der allen das gleiche Recht zusteht. Auf dieser Ebene ist es leicht, Unterschiede zu finden, deren Wurzel in dem Unterschied der Gesetzgebung der Länder liegt. Manchmal versteht man in Dänemark nicht recht, das es solche Unterschiede geben muß und daß eine Annäherung der Gesetze meistens politisch wie auch praktisch unmöglich ist. Aber trotzdem liegt es bei den Regierungen beider Länder, das Möglichste zu tun, allzu schmerzliche Unterschiede zu mildern oder zu beseitigen. Die deutsche Minderheit fühlt es im Fall ihrer Büchereizentrale in Apenrade, die dänische in der schleswig-holsteinischen Regelung der Schulzuschüsse. In beiden Fällen kommt es hier darauf an, daß der gute Wille besteht, Unzulänglichkeiten zu mildern oder ganz zu beseitigen. Für den weiteren Brückenbau über den Scheidebach und damit zu einer Festigung des schleswig-holsteinisch-dänischen Verhältnisses sind das gar nicht unbedeutende Fragen.

Vieles ist schon erreicht, aber nicht alles. Doch kommt man nicht daran vorbei, daß der Weg des norddeutschen Bundeslandes Schleswig-Holstein nach Dänemark und dadurch nach Skandinavien über die deutsch-dänische Landesgrenze geht. Daran ändert auch die Europäische Gemeinschaft nichts. Auf beiden Seiten der Grenze ist man entweder deutsch oder dänisch. Vielleicht ein bißchen ineinander hineinverflochten. Aber so ist es nun einmal, und daran wird sich auch nichts ändern. Die Vielfältigkeit der Grenze hat ihre Schatten, aber auch ihre Bedeutung. Es werden auch weiterhin neue, wenn auch langsame Schritte vorwärts getan, weil eine weitere Annäherung auch im Rahmen der europäischen Verständigung liegt.

Durch mehr als ein Jahrhundert sind Schleswig-Holstein und Dänemark getrennt marschiert. Man hat sich genähert, auch mehr, als man es vielleicht für möglich hielt. Vieles aus der Vergangenheit muß noch überwunden werden, ehe man von einer gemeinsamen Zukunft sprechen kann.

Wie schreibt doch Siegfried Lenz in den Schlußworten seiner Deutschstunde: „Eine Handbewegung, und wir werden uns setzen, werden einander reglos gegenüber sitzen, zufrieden mit uns, weil jeder das Gefühl haben wird, gewonnen zu haben.“

Erst dann werden wir auch von einer sinnvollen Harmonie im schleswig-holsteinisch-dänischen Verhältnis sprechen können.

IM DEUTSCH-DÄNISCHEN GRENZLAND

Im deutsch-dänischen Grenzland ist eine scharfe Trennung zwischen dänischer und deutscher Einstellung nicht möglich. Es wird immer Variationen geben. Die Situation läßt sich nicht festlegen.

Die persönliche Freiheit muß die Möglichkeit zur Entfaltung beinhalten, auch wenn es um die nationale Zugehörigkeit geht. Man kann nun einmal nicht definieren, was ein deutscher Südschleswiger ist, und dasselbe gilt natürlich auch für die deutsche Minderheit. Die Zugehörigkeit zu einer Volksgruppe läßt sich nicht definieren oder institutionalisieren. Das nationale Bekenntnis ist als ein Teil der Menschenrechte frei. Und wir sollten uns darüber freuen, daß dies jedenfalls in unserem Grenzland der Fall ist.

E. Friehling, Vorsitzender von „Grænseforeningen“

Vor der Landtagswahl: Ein echtes Dilemma

Wenn sich Politiker oder Journalisten zu der bevorstehenden Landtagswahl in Schleswig-Holstein äußern, verbreiten sie — manchmal ungewollt — den Eindruck, daß ein Machtwechsel in Kiel seit Jahrzehnten nicht so sehr im Bereich des Möglichen liegt wie diesmal. Ob die regierende CDU ihre knappe Mehrheit halten und also weiterregieren kann, ob es der SPD, die ja in den ersten Jahren der Existenz unseres Landes Regierungsverantwortung trug, gelingt, zusammen mit der FDP die „Macht“ wieder zu erobern, wer wollte das mit Sicherheit voraussagen?! Kein Wunder, daß Spekulationen über den möglichen Wahlausgang des Feld beherrschen.

Muß unter Umständen — bei gleicher Stärke der CDU einerseits und der SPD/FDP andererseits — der SSW entscheiden, wer regiert und wer in die Opposition geht? Ministerpräsident Stoltenberg hat den SSW gewarnt, in einer solchen Pattsituation mit seinem Mandat den Ausschlag für einen Machtwechsel zu geben. Der SSW wehrt sich und sagt, daß sein Sitz im Landtag ein Mandat ohne Einschränkung sei. Aus der Tatsache, daß nur ein besonderes Minderheitenrecht, nämlich die Befreiung von der Fünf-Prozent-Klausel, die parlamentarische Vertretung des SSW im Landtag ermöglicht, soll also keine Einengung der politischen Rechte hergeleitet werden. Und dann argumentiert der SSW, er könne gar nicht neutral bleiben, sich also bei einem Verhältnis von 36:36 zwischen CDU und SPD/FDP der Stimme enthalten; denn das sei bei der Eigenart unserer Landessatzung gerade eine Parteinahme für die CDU. Dieses Argument ist nicht von der Hand zu weisen: In Schleswig-Holstein bleibt eine Regierung tatsächlich so lange im Amt, bis der Landtag mit absoluter Mehrheit einen neuen Ministerpräsidenten gewählt hat. Die SPD/FDP könnte also nur mit der SSW-Stimme Stoltenberg stürzen (37:36), die CDU aber könnte bei Stimmenthaltung des SSW (36:36) weiterregieren. Daß die CDU in dem genannten Fall die Neutralität des SSW wünscht, ist also verständlich; denn es liegt in ihrem Interesse.

Nun, die Rolle des „Königmachers“ wünscht sich der SSW gewiß nicht. Seine Vertreter betonen das glaubwürdig, zumal bei einem Wechsel in unserem Lande sich auch die Bundesratsmehrheit zugunsten der SPD (Parteislogan: „... damit Helmut Schmidt es leichter hat“) ändern würde. Den SSW schaudert es, mit seinen — wie er hofft — rund 20 000 Stimmen womöglich so weitreichende Folgen verantworten zu müssen. Aber hofft er eigentlich zu Recht? Wird er so viele Stimmen bekommen, wie zu einem Mandat nötig sind? Das sind eben ca. 20 000 bis 21 000 Stimmen; und wenn sich nicht so viele Bürger für den SSW

entscheiden, wird der dänische Bevölkerungsteil nicht mehr im Landtag vertreten sein. Das aber wäre für Karl-Otto Meyer und seine Freunde sicher eine Katastrophe. Ohne an der parlamentarischen Arbeit beteiligt zu sein, ist es schwer, sich politisch darzustellen.

Der Wähler jedoch wird in diesem Wahlkampf so intensiv wie nie zuvor bedrängt, seine Stimme nur für die Fortdauer oder für die Ablösung der gegenwärtigen Regierung abzugeben. Die beiden Blöcke stehen einander gegenüber und fordern von ihren Anhängern ein klares Bekenntnis. Der SSW aber will sich nicht festlegen; er will mit beiden Seiten verhandeln. Was will er erreichen? Will er für sich, für die dänischen Einrichtungen im Grenzland *oder* für den ganzen Landesteil Schleswig möglichst viel herausschlagen? Wird der Wähler diesen Umweg mitmachen, egal, wer dann mit Hilfe des SSW in Kiel regiert? Hier sind sicher Zweifel angebracht; und es ist denkbar, daß in einem Wahlkampf der Konfrontation der großen Gruppen eine unentschiedene Minderheitenpartei auf der Strecke bleibt. Entschließt sie sich aber doch für eine Seite, kann sie es kaum für die CDU tun; das würde die Mehrzahl ihrer Wähler und Anhänger nicht tolerieren. Sollte sie also schon vor der Wahl für eine SPD/FDP-Regierung Partei nehmen? Wer wollte dem SSW das empfehlen? Da würde mancher Wähler doch sagen: „Ich wähle lieber gleich eine der beiden Koalitionsparteien!“ Der SSW steckt diesmal in einem echten Dilemma. Das ist unübersehbar. Man muß fast bewundern, wie sicher diese Partei sich gibt und welche Gewißheit sie zu vermitteln versucht. Sollte sie Angst haben um ihre Existenz, so bemüht sie sich tapfer, das nicht merken zu lassen. Dennoch ist wahrscheinlich, daß die deutliche Polarisation der beiden großen Machtgruppen die Stimmen in das Lager der Großen zieht. Wahrscheinlich ist es auch, daß es wegen der Konfrontation zu einer hohen Wahlbeteiligung kommen wird; und je mehr Leute zur Wahl gehen, desto mehr Stimmen braucht man für ein Mandat. Und um so schwerer wird es für den SSW, noch einmal genug Stimmen für einen Sitz im Landtag zu bekommen. Der Wahlkampf wird *oder* ist also hart, nicht nur, weil es den Großen um die Macht geht, sondern auch, weil der SSW ums Überleben kämpfen muß.

Was wäre nun, wenn die Partei der dänischen Bevölkerungsgruppe in unserem Lande diesen Kampf verliert? Verliere das Grenzland damit seinen Sprecher im Landtag? Diesen Eindruck versucht natürlich der SSW selbst zu erwecken. Das ist auch verständlich, denn ohne das Postulat, Politik für den *ganzen* Landesteil zu machen, kann der SSW sich im Wahlkampf im Grunde nur an die eigenen Mitglieder wenden.

Wenn er also seine Stimmenzahl vergrößern will, muß er an die deutsche Mehrheitsbevölkerung appellieren. Also muß er Politik für alle, nicht nur für die Dänen im Lande anbieten.

Und die anderen Parteien? Wie stehen sie zum Grenzland? Und wie zu den

Minderheiten? Ministerpräsident Stoltenberg hat erst kürzlich erklärt: „Wir betonen unsere Entschlossenheit, die Angehörigen der dänischen Minderheit als gleichberechtigte Mitbürger in unserem Land in ihrer Arbeit zu unterstützen! Die Verbindungen der Landesregierung zur deutschen Volksgruppe drüben sind ebenfalls bekannt. Und die deutschen Grenzverbände hier, also auch den Grenzfriedensbund nennt Stoltenberg einen „bedeutenden Faktor im Grenzland“. Diese Äußerungen darf man sicher nicht nur der Regierung, sondern auch der Regierungspartei, also der CDU, zurechnen.

Klaus Matthiesen, der Spitzenkandidat der SPD, der nach dem Willen seiner Partei Ministerpräsident unseres Landes werden soll, stammt selbst aus dem Grenzland und ist direkt gewählter Abgeordneter in der Grenzstadt Flensburg. Er hat die Regierung oft kritisiert, weil sie nach seiner Meinung die Grenzregion vernachlässigt, und hat vor allem wirtschaftliche und strukturelle Förderung des Landesteils Schleswig gefordert. Ähnliche Äußerungen gibt es von der FDP. Man muß also wohl doch nicht alle Hoffnung auf eine Interessenvertretung des Grenzraumes in Kiel fahren lassen, wenn es dem SSW nicht gelingen sollte, in den Landtag zurückzukehren. Auch die Grenzverbände sind nicht gefährdet. Daß wir zwar für das deutsche Element, aber nicht gegen die Dänen im Lande arbeiten, wird in allen Parteien erkannt und anerkannt.

Überlassen wir also den Kampf um Mandate und Regierungsmacht dem demokratischen Kräftespiel! Es ist als Grenzverband nicht Sache des Grenzfriedensbundes, Partei zu nehmen, wohl aber, zu beobachten, zu bedenken und Meinungen zu klären.

EINE SITUATION, DIE NICHT GEWÜNSCHT WIRD

Der SSW hat immer betont, daß er sich eine Situation, wo seine Stimme für die Regierungsbildung in Kiel entscheidend wäre, nicht wünsche ...

Auf die Frage, was der SSW in einer Situation tun würde, in der seine Stimme ausschlaggebend wäre, war die Antwort stets die gleiche: Der SSW wird nach Verhandlungen seine Stimme abgeben ...

Es ist auch immer hervorgehoben worden, daß der SSW unabhängig, also nach keiner Seite hin gebunden ist ...

Wer Ministerpräsident werden will, aber im Kieler Landtag nicht über die absolute Mehrheit verfügt, muß durch Verhandlungen eine Mehrheit zustande bringen ...

Wenn die beiden „Blöcke“ im Landtag gleich stark wären und ein Antrag auf konstruktives Mißtrauen gestellt würde und der SSW sich dann der Stimme enthalten wollte, bliebe die Regierung Stoltenberg im Amt, denn Neutralität würde die Regierung Stoltenberg stützen. Der SSW-Vertreter hätte somit die

Verantwortung dafür, daß die Regierung in den nächsten vier Jahren im Amt bliebe, doch hätte er dann überhaupt keinen Einfluß auf das Arbeitsprogramm in dieser Regierungsperiode ...

Das erscheint als ein unbilliges Verlangen. Deshalb kann sich der SSW nicht enthalten in einer solchen Situation, die sich der SSW, wir unterstreichen dies noch einmal, nicht wünscht.

K.O. am 13. Febr. 1979 in „Flensburg Avis“

Wege und Wandel einer nationalen Minderheit

Aufgezeigt am Beispiel der dänischen Minderheit in Südschleswig

Das gegenwärtige gesellschaftliche und politische Selbstverständnis und Handeln der dänisch Orientierten und Gesinnten im Landesteil Schleswig wird im Nachstehenden besonders betrachtet unter dem Gesichtspunkt: Zusammenschluß und Tätigkeit primär als dänisch gesinnte und dänisch sprechende nationale Minderheit oder als eine für alle offene und wählbare regional begrenzte politische Partei. Dabei wird das gegenwärtige „Sowohl als auch“ und die sich daraus ergebende latente Konfliktsituation und Zwiespältigkeit — nicht nur im Hinblick auf die bevorstehende Landtagswahl — besonders herausgestellt. Wegen des Prinzips der Gleichbehandlung und Gleichstellung wird ein Aufsatz des Verfassers zum Selbstverständnis und zur politischen Haltung der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig folgen.

(Die Red.)

Im Wandel der Jahre — Phasen der Entwicklung von 1945 bis heute

Nach Niels Bøgh Andersen, dem großen alten Mann der dänischen Minderheit, können in Südschleswig nach 1945 drei Entwicklungsphasen gesehen werden:

Die erste Phase hatte ihren Höhepunkt im Jahre 1947, als die Landtagswahlen vom 20. 4. beachtliche 99.500 dänische Stimmen ergaben. Alle Mitglieder der dänischen Minderheit und ihre Freunde hofften auf die Wiedervereinigung dieses staatsrechtlich alten dänischen Gebietes mit Dänemark (genforeningen), auch trotz der Erklärung der dänischen Regierung von 1945, die Grenze liege fest. Viel Hilfe, Zuspruch und Unterstützung kam aus vielen Kreisen der dänischen Bevölkerung. Südlich der Grenze von 1920 wurde ein dänisches Privatschulwesen aufgebaut, das das reichsdänische Schulwesen kopierte, und die Kinder in diesen Schulen so erzogen, daß ihr Herz in Dänemark war — und nicht in ihrer Heimat Südschleswig. Daraus ergab sich die Folge, daß zahlreiche junge Menschen bei Möglichkeit nach Dänemark auswanderten, ins Mutterland übersiedelten.

In der zweiten Phase, ab 1955/56, sollte ein dänisches Leben in Südschleswig eingerichtet und ein dänischer Alltag südlich der Grenze gelebt werden. Allerdings war es nun schwerer, dänisch zu sein in Südschleswig, weil es leichter geworden war, sich zur dänischen Minderheit zu bekennen; denn im Grenzland war es auf dem Hintergrund der großpolitischen Entwicklung im westlichen Teil Europas zu einer Entspannung bei gegenseitiger Anerkennung der Minderheiten gekommen. Im dänischen Privatschulwesen wurden die Kinder weiterhin „reichsdänisch“ erzogen, u. a. auch deshalb, weil Lehrkräfte von nördlich der Grenze in ihnen tätig waren (und auch heute noch sind). Aber die einzelnen Organisationen der dänischen Minderheit begannen immer stärker ein Eigenleben zu führen und

entwickelten ein Sonderbewußtsein.

Um 1970 wuchs *in einer dritten Phase* das Bewußtsein in ihr, daß sie in Südschleswig unter den gegebenen Bedingungen ihr Eigenleben führen könne. In der Schule war die Parole: So dänisch wie möglich und so deutsch wie nötig.

Und heute? Findet nicht zwangsläufig eine Weiterentwicklung in *eine vierte Phase* statt? Die politische Führung der dänischen Minderheit stellt sich immer stärker dar als eigenständige politische Kraft des nördlichen Landesteils Schleswig-Holsteins, als eine Regionalpartei, die eine landespolitische Konstellation zu ihren Gunsten zu nutzen bestrebt ist. Wer wollte es ihr verdenken? Nur — wird nicht je nach Lage der Dinge das Sonderbewußtsein als nationale Minderheit zurückgedrängt? Der SSW versteht sich als das politische Sprachrohr des Landesteils Schleswig und will an dessen wirtschaftlicher Weiterentwicklung mitarbeiten. So tritt Karl Otto Meyer (MdL) für die besondere und zusätzliche Förderung des Landesteils Schleswig ein; er fordert einen Regierungsbeauftragten, der langfristig die Entwicklung koordinieren und gleichwertige Lebensbedingungen und gesicherte Arbeitsplätze schaffen soll, damit ein Vergleich mit dem übrigen Bundesgebiet nicht nachteilig ausfällt, er wirft der Landesregierung ein falsches Planungskonzept für diesen Raum vor. Der Vorsitzende des SSW, G. Wehlitz, formuliert, der SSW verstehe sich als Stimme des südschleswigschen Dänentums, aber gleichzeitig als eigentliche Stimme der ganzen Bevölkerung des Landesteils Schleswig. Die Doppelstellung — sowohl als auch — wird deutlich.

Da die finanzielle Gleichberechtigung nach Auffassung der dänischen Minderheit noch nicht erreicht ist, bleiben die Forderungen auf (landes-)politischer Ebene ein dynamisches Element des politischen Handelns und Taktierens, obwohl ein glaubhaftes Gesamtkonzept im Sinne einer Beantwortung der Frage, was denn volle Gleichberechtigung ist, vor allem in finanzieller Hinsicht, nicht vorliegt.

Die dänische Privatschule, getragen von einem Schulverein, bemüht sich unter den gegebenen deutschen Rahmenbedingungen um ihren dänischen Grundcharakter und kann bei günstiger Schüler-Lehrer-Relation (14,8) ihre Anziehungskraft bewahren und beachtliche Leistungen vorweisen. Ihre Aufgabe ist es, die dänische Sprache in Wort und Schrift zu vermitteln, dänischen Geist, Denkweise und Lebensart weiterzugeben und über das Schulwissen hinaus den jungen Menschen eine Lebenshaltung mitzugeben, daß sie den Alltag im Grenzland auf ihre Art bestehen können und wissen, wo ihre innere Heimat ist. Die Schule gilt als Keimzelle und Ausgangspunkt alles Dänischen. Ihre Bedeutung steht außer Zweifel.

Die Rolle des Abgeordneten der dänischen Minderheit im Schleswig-Holsteinischen Landtag

Im Jahre 1979 stellt bei uns im Lande das oft beschriebene und vielgelobte Klima der Verständigung und des kulturellen Wettstreits an nationale Minderheiten einige Fragen, die nicht selbstverständlich sind oder gar leichtthin beantwortet werden können.

Es geht einmal um die Vertretung der Minderheit in den Parlamenten auf den verschiedenen Ebenen. Ohne die Zugehörigkeit zur nationalen Minderheit aufzugeben, kann bekanntlich — vor allem auf höherer Ebene, auf der ein Mandat nicht zu erreichen ist oder zu unsicher erscheint — die Stimmabgabe für eine große, im gesamtpolitischen Rahmen mitbestimmende politische Partei richtiger erscheinen als ein alltägliches Bekenntnis zur Minderheit, das politisch nicht wirksam wird.

Genügt das? Die Kinder besuchen die dänische Schule, „Flensburg Avis“ wird gehalten, der dänische Gottesdienst wird besucht, man ist Mitglied in dänischen Vereinen und im SSV, man spricht in der Familie dänisch miteinander — oder erfüllt doch wenigstens einige dieser Merkmale.

Oder müssen Eltern, die aus guten Gründen ihre Kinder in die dänische Schule schicken, außer Mitglied im Schulverein auch Mitglied im SSV und SSW sein und dänisch stimmen? Wurden sie bei Anmeldung des Kindes im Kindergarten oder in der Schule in aller Deutlichkeit auf die Bindungen hingewiesen, die sie erwartungsgemäß nun einzugehen bereit seien?

Ist die *deutsche* Volksgruppe seinerzeit nur im Huckpackverfahren wieder in das Folketing in Kopenhagen eingezogen, so gilt für die *dänische* Minderheit, daß ihr Mandat im Kieler Landtag in Gefahr geraten kann, wenn nicht ihre letzten Wähler mobilisiert werden. Der Beobachter der politischen Szene meint zu erkennen, daß die dänische Minderheit unter der zielstrebigsten Führung von Karl Otto Meyer eine besondere politische Bindung vorbereitet, durch die auf längere Sicht ein Sitz im Schleswig-Holsteinischen Landtag gesichert werden soll. Das ist doch eine Entscheidung, die den *parteilpolitischen* Charakter betont, im Gegensatz zu der *nationalen* Arbeit einer Minderheit.

Bisher ist erstaunlicherweise die Frage noch nicht aufgeworfen worden, ob denn *eine nationale Minderheit*, deren Vertreter in einem Landesparlament den Ausschlag für eine Mehrheitsbildung gibt — was eintreten kann — bei entsprechenden politischen Abmachungen (Koalitionsbindungen oder Zusage bleibenden Wohlwollens im Abstimmungsgeschehen o. ä.), nicht *primär als politische Partei anzusehen* ist, für die eine Ausnahmebestimmung wie die Nichtanwendung der Fünf-Prozent-Klausel nicht gelten kann.

Das Problem der Finanzierung der vielen Arbeitsgebiete

Zum zweiten — und gewiß im Zusammenhang mit dem eben Besprochenen — geht es um die Finanzierung der Arbeit der Minderheit. Die heutigen Folgekosten

des ausgebauten Schulwesens, des Gesundheitsdienstes sowie des umfangreichen kulturellen Angebots (Bücherei, Theater und Konzerte, Vortragswesen und Ausstellungen, Erwachsenenbildung u. a.) konnten seinerzeit beim Aufbau nicht vorhergesehen werden. Die Veränderung der finanziellen Grundlage der Minderheit zwingt zum Umdenken. Das dänische Mutterland spart und ist aus politischen Gründen für Einschränkung seiner Zuschüsse; die Sammel- und Spendenbegeisterung geht überall zurück; die dänische Minderheit besinnt sich darum der Qualität ihrer Mitglieder als deutsche Steuerzahler (Skatteborger). Bei der Forderung nach finanzieller Gleichstellung mit der deutschen Mehrheit im Landesteil Schleswig ist doch einiges zu beachten. Zunächst wird je Schulkind für die dänische Privatschule der volle Kostensatz verlangt, den ein deutsches Schulkind kostet. Da ein Privatschulwesen immer teurer ist als das öffentliche, kann es nicht verwundern, wenn damit nur etwa 40-50 % der tatsächlichen Kosten des Privatschulkindes der Minderheit gedeckt werden können.

Es ist also grundsätzlich nach einem langfristigen Finanzierungskonzept zu fragen. Entsprechendes gilt für andere Aufgaben und Arbeitsgebiete. Eine kostensparende Zusammenarbeit (Schülerbustransport, Gesundheitswesen, Büchereiwesen) wäre doch sinnvollerweise anzustreben, wenn die vielfältig erhobenen Forderungen überhaupt eine Chance zu ihrer Realisierung haben sollen. Wird hier eine „objektive“ Regelung zu finden sein? Sollen die Zuschüsse der Gemeinden weiterhin von der Vollständigkeit der Anträge, der direkten Vertretung des SSW im Gemeinderat, der augenblicklichen Haushaltslage u. a. abhängen, oder ist die finanzielle Bezuschussung berechenbar? Wie können soziale Dienste abgerechnet und kulturelle Angebote finanziell unterstützt werden, ohne daß Leerlauf entsteht oder ungleiche Behandlung? Sind bei einer einheitlichen Form der Gewährung von Zuschüssen nicht gewisse Bedingungen zu stellen wie Absprachen über Zusammenarbeit und Vertretung, Beachtung der Vorschriften des Haushaltsrechts und Überprüfung durch Rechnungsämter. Macht das nationale Bekenntnis allein schon frei von sonst bestehenden allgemeinen Bedingungen und Vorschriften?

Bei aller Förderung von seiten der zuständigen Stelle muß eine angemessene Beteiligung aller Mitglieder der dänischen Minderheit ins Auge gefaßt werden. Ihr Eigenbeitrag hält sich nach den bekannt gewordenen Zahlen an einer unteren Grenze. Der SSV z. B. hat 1978 an Beiträgen 191800,— DM eingenommen, je Mitglied DM 8,96 im Jahr, monatlich also nur 0,75 DM. Nach jahrelangem Verzicht auf Beitragserhöhungen muß dieser Satz doch einen Vergleich mit sonst üblichen Partei- oder Vereinsbeiträgen scheuen. Er könnte ohne Mühe kurzfristig verfünffacht werden, bedenkt man die allgemeine Entwicklung. Und auf Distriktsversammlungen wird die Erhöhung des Jahresbeitrags von 10,— DM auf 12,— DM diskutiert und gelegentlich auch beschlossen. Zu fragen wäre auch, ob

das Anlagevermögen (Grundstücke und Gebäude), das wegen der veränderten Situation (Stillegung von Schulen im Zuge der Konzentration u. ä.) von der Minderheit aus der Hand gegeben, verkauft werden könnte, um Investitionskapital zu gewinnen. Es sind Fälle bekannt, wo die deutsche öffentliche Hand Interesse an einer nicht mehr genutzten Schule zeigte, aber abgewiesen wurde. Die Gründe sind denkbar, jedoch ist zu erwägen, daß kein Steuerzahler verstehen kann und will, daß finanzielle Forderungen an die Allgemeinheit gerichtet werden, ohne daß eine angemessene Eigenbeteiligung sichtbar ist, sie mag in Form eines Beitragsaufkommens der Mitglieder und/oder der Realisierung von Kapitalvermögen ausgewiesen sein.

Die Wichtigkeit und Rolle der eigenen Tageszeitung

Zum dritten geht schon seit Jahren der Kampf um die Erhaltung der eigenen Zeitung, die von den Mitgliedern der dänischen Minderheit nicht in hinreichender Zahl gehalten wird. Stimmen die von Karl Otto Meyer genannten Zahlen (Januar 1979: im ganzen etwa 60.000 Dänen in Südschleswig, von denen wohl 50.000 dänisch können, auch wenn in ihren Familien deutsch gesprochen wird), so müßte die Zahl der Abonnenten von „Flensburg Avis“ (Auflage 7000, davon 4000 südlich der Grenze) ohne große Mühe erhöht werden können. Vertrauensleute auf dem Lande und der Stützkreis sowie Werbeaktionen bei den Eltern der Schulkinder und bei der Jugend selbst haben noch keine Auswirkungen gezeigt. Die Bedeutung von „Flensburg Avis“ als Bindeglied und Ausspracheorgan sowie als Sprachrohr für die politischen und finanziellen Wünsche und „als nationales Kampforgan“ ist nicht zu unterschätzen, und jeder Leser weiß, daß es „Sternstunden“ des Journalismus in dieser Hinsicht gibt, die meist durch eine lebhafte Diskussion in Leserbriefen belohnt wird! — Bei der Breite des Bereiches, über den die Zeitung täglich zu berichten hat, ist die Fülle der Informationen beachtlich und der kulturelle Teil im großen und ganzen von erstaunlicher Qualität. Um so mehr muß es verwundern, daß die Zahl der Abonnenten südlich der Grenze nur so mühsam erhöht werden kann.

Die dänische Sprache und ihre Bedeutung für die nationale Identifikation

Als viertes sei das Bemühen herausgestellt, die dänische Sprache als das Bindeglied aller Mitglieder der dänischen Minderheit zu bewahren und zu stärken. Bei einer großen Tradition (Jens Jessen z. B.) und der bedeutenden Aufbauarbeit seit dreißig Jahre in der Schule, dem Kindergarten, im Vereinsleben und kulturellen Angebot, über deren Erfolg jetzt erste Urteile möglich sind, gilt die Pflege des Dänischen als ein verpflichtendes Konzept. Andere Minderheiten im europäischen Raum halten die Betonung der Sprache als nationales Bindeglied für unrealistisch und ggfs. als nachteilig und belastend. Deutlich ist, daß es der

dänischen Minderheit nicht gelingt, im gewünschten und erwarteten Ausmaße den alleinigen oder vorherrschenden alltäglichen Gebrauch der dänischen Sprache bei ihren Mitgliedern durchzusetzen. Die deutschgeprägte Umwelt, verstärkt durch das Fernsehen, ist zu stark. Arbeitsplatz und Nachbarschaft wirken ein. Hinzu kommt die offensichtlich geringe Neigung deutscher Südschleswiger, die dänische Sprache zu lernen und anzuwenden — einst die Antwort auf die dänischen Sprachreskripte und erstaunlich zählebig wie so mancher historischer Ballast auf beiden Seiten.

Realistisch scheint es zu sein, das Dänische als Kultursprache der Minderheit weiter auszubauen und stärker durchzusetzen, jedoch wegen des unterschiedlichen Sprachvermögens der Mitglieder die Zweisprachigkeit im täglichen (Vereins-)Leben nicht nur zu dulden, sondern anzuerkennen. Auf den Mitgliederversammlungen der dänischen Sportvereine z. B. wird vielfach deutsch gesprochen, damit alle folgen können.

Besteht so die Gefahr einer Unterwanderung? Führt ein Verzicht auf die grundsätzliche Anwendung der dänischen Sprache zum Verlust der Identität der Minderheit?

Das begrenzte Geschichtsbild der dänischen Minderheit in Südschleswig

Fünftens sei das Bemühen genannt, zur Identifikation der Mitglieder der dänischen Minderheit ein Geschichtsbild aufzubauen, dem das Freund-Feind-Schema nicht fremd ist. Seine Grundzüge können vereinfacht wie folgt beschrieben werden:

Ausgegangen wird für die Minderheit von einem Mitglieder- und Wählerpotential, das alle Menschen umfaßt, die nördlich der Eider wohnen — von einem „verdeckten“ oder schlummernden Dänentum im südlichen Teil des ehemaligen Herzogtums Schleswig. Dem entspricht die seinerzeit von Karl Otto Meyer vertretene Parole, die dänische Minderheit sei „offen für alle“, eine These, die nicht bestreitbar sein kann, aber nicht unproblematisch war und ist. Ob sie einen Wandel der dänischen Minderheit zu einer heimatbewußten Regionalpartei einleiten sollte oder nur kurzfristig Wählerreserven mobilisieren, kann — noch? — nicht gesagt werden. Schwierig wird es dabei mit der Erwartung gegenüber neuen Mitgliedern in bezug auf den Erwerb der dänischen Sprache, eine Erwartung, die auch heute gilt. Dadurch wird der Eindruck einer Doppelstellung der dänischen Minderheit verstärkt, einerseits ethnisch-nationale Minderheit, andererseits heimatgebundene politische Regionalpartei.

Doch zurück zum Geschichtsbild: Die preußische Zeit, wahrlich kein Ruhmesblatt deutscher Geschichte auf dem Gebiet der Behandlung nationaler Minderheiten in West, Nord und Ost, wird vor allem als Köllerzeit beschrieben, v. Koller war vier Jahre lang Oberpräsident der preußischen Provinz Schleswig- Holstein. Er wurde so mit dem preußischen Gendarmen zur Symbolfigur der verfehlten Maßnahmen

der Unterdrückung des dänischen Bevölkerungsteils in Nordschleswig, ähnlich wie vor 1864 die dänischen Pastoren im deutschsprachigen südlichen Teil des Herzogtums. — Anderes aus der preußischen Zeit wird von dänischer Seite vergessen. — Die Zeit der nationalsozialistischen Diktatur sieht man als eine Zeit der Verfolgung, was sie ja auch war. Allerdings wurde der dänischen Minderheit als Organisation in den ersten Jahren — nach anfänglicher Verunsicherung durch braune Grenzaktivisten — ein gewisser Schonraum zugebilligt, aus welchen Gründen auch immer. Solche Rücksicht des Regimes wurde anderswo nicht gewährt. Beachtenswert ist in diesem Zusammenhang, daß die wissenschaftliche Arbeit eines Stipendiaten der Studienabteilung bei der dänischen Zentralbücherei in Flensburg über das Thema „Deutschland und die dänische Minderheit in Südschleswig 1933—1939, eine Studie nazistischer Minderheitenpolitik unter besonderer Berücksichtigung der politischen Beziehungen zwischen den deutschen Behörden und der dänischen Minderheit“, abgeschlossen Ende 1977, noch nicht veröffentlicht wurde, obwohl es in Dänemark viele Möglichkeiten zur zügigen Drucklegung auch umfangreicher historischer Arbeiten gibt. Dagegen finden sich beachtliche Bemühungen gerade in „Flensborg Avis“, den historischen Ablauf der Jahre 1933 bis 1945 in Nordschleswig aufzuhellen und die deutsche Minderheit dort zu drängen, ihre Vergangenheit in jenen Jahren aufzuarbeiten, was sicherlich notwendig ist. Der 9. April 1940 brachte mit der Besetzung Dänemarks durch deutsche Truppen und den folgenden Jahren einer Unterdrückung eine Belastung zwischen Dänen und Deutschen, die als historische Hypothek bestehen bleiben wird. Die Jahre nach 1945-49 bis zu den Bonn-Kopenhagener Erklärungen 1955 werden für Südschleswig vor allem als Lübke-Zeit (Friedrich Wilhelm Lübke, Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein von 1951 bis 1954) geschildert und als Jahre der Behinderung einer Aufbauarbeit der dänischen Minderheit und der Bedrängung erinnert. Damals wurde die Frage nach dem „echten Kern“ der dänischen Minderheit diskutiert; rückblickend wird man durch einen Blick auf die Zahlen die Auseinandersetzung weniger leidenschaftlich bewerten als damals: Zahl der Mitglieder im SSV: 1946, 1. Januar, 11.801 — 1946, 1. Juli, 46.849 — 1947, 1. Januar, 68.317.

Bei der Landtagswahl 1947 wurden 99.500 Stimmen für die dänische Minderheit abgegeben, bei der des Jahres 1954 noch 42.242. Der dänische Gesandte in London schätzte Anfang Juli 1946 die dänische Minderheit auf 20.000 Mitglieder, wenn die Konjunktur zurückgegangen sei. Heute zählt der SSV ca. 21.500 Mitglieder, die Landtagswahl 1975 brachte 20.703 Stimmen für den SSW. — Es sei nicht übergangen, daß vor allem bei älteren Mitgliedern, die in den ersten Jahren nach 1945 dabei waren, die Erinnerung an die damalige freudige Erwartung eines nationalen Aufbruchs, durch die — trotz langer Wartezeiten und Verzögerungen beim Aufbau vor allem des Schulwesens sowie wechselnder

reichsdänischer Ermunterungen durch die öffentliche Meinung bei beachtlicher Unterstützung und finanziellen Zuwendungen aus Dänemark — eine Gemeinsamkeit in der Arbeit erreicht wurde, die jüngere Menschen heute nicht nachvollziehen können, so daß natürlicherweise das Generationenproblem sich bemerkbar macht. Bedenklich bezüglich des Geschichtsbildes ist es jedoch, daß die Kieler Erklärung von 1949 als erste Aufforderung zu gemeinsamen Bemühungen um eine Entspannung im Grenzland vergessen wird. Ohne sie ist jedoch die spätere Entwicklung in der Grenzfrage nicht vorstellbar. Die Verhandlungen wurden bekanntlich unter dem Vorsitz der britischen Militärregierung zwischen Vertretern der Landesregierung und der dänischen Minderheit geführt — und deren sechs Abgeordnete im Kieler Landtag stimmten ihr zu. In der Schrift „Unser Recht. Das Kieler Abkommen“ (Vor Ret. Kiel-Aftalen) aus jenen Tagen erklärte Bøgh-Andersen im Namen des SSV: „Diese Erklärung bedeutet die volle Anerkennung unserer Bewegung (bevægelse). Wir haben nun auch die Bestätigung unseres Rechtes, für Südschleswigs Zukunft zu arbeiten.“ Ohne hier die rechtliche Qualität der Kieler Erklärung untersuchen zu wollen, sei die Zustimmung der dänischen Minderheit zu ihr betont. Sicherlich wurden von beiden Seiten die Absichten dieser Erklärung nicht gleich mit Begeisterung in die Tat umgesetzt. Es brauchte seine Zeit; aber ihre Grundaussagen gaben eine Richtschnur ab, die auf die Dauer nicht unbeachtet bleiben konnte. Andere Abkommen und die allgemeine Verbesserung des Klimas im Grenzland wurden so vorbereitet.

Die Alternative: Herrschaft der Funktionäre oder Basisdemokratie?

Als letztes ist die innerorganisatorische Diskussion über die Herrschaft der Funktionäre in den Verbänden und Vereinen der dänischen Minderheit anzuführen. Auch öffentlich wurden Äußerungen des Unmuts laut, und schlechte Besuchsergebnisse bei Theater- und Konzertaufführungen mögen — außer mit der Sprachenfrage — auch hiermit Zusammenhängen. Ob die erhobene Forderung, mehr Demokratie in die Organisation(-en) der Minderheit zu bringen, verwirklicht werden kann, bleibt abzuwarten.

Die überaus umfangreiche und vielleicht nur noch für hauptamtliche Funktionäre oder sonstwie Eingeweihte überschaubare organisatorische Struktur bewirkt sicherlich eine gewisse Müdigkeit in der Zusammenarbeit. Straffung und Vereinfachung, neue Arbeitsformen sind wohl erforderlich. Nebenamtliche Mitarbeiter sind zeitlich überfordert, beantworten Schreiben und Einladungen nicht, nehmen Termine nicht zur Kenntnis und erscheinen nicht zu den Sitzungen — das ist auch anderswo so und ein allgemeines organisatorisches Problem. Es muß aber z. B. bedenklich stimmen, wenn der Hauptkreis von SdU (Sydslesvigske dansk Ungdom) vom Landkreis Schleswig-Flensburg gewährte 3.300,— DM

zurückgeben mußte, weil davon kein Gebrauch gemacht werden konnte. Eine organisatorische Panne gewiß, aber wohl auch Symptom.

Zu den Ärgernissen, die Opposition wachrufen, gehört das der Legitimation und Kompetenzen von Sydslesvig samråd, dem Ausspracheforum aller Verbände, Vereine und Organisationen der dänischen Minderheit. Kann sich dieser „Großrat“ zu einer Art Parlament entwickeln? Ist so Basis-Demokratie (Nærdemokrati) zu erreichen?

Wird die Arbeit in den Vereinen zu sehr durch die Funktionäre und an den Vorstellungen und Bedürfnissen der Mitglieder vorbei bestimmt? Welche Erwartungen, welche Wünsche haben diese? Natürlich kann hier wieder die Sprachenfrage von Bedeutung sein.

Die nicht geführte Debatte über die Frage der Nærdemokrati wurde in einer für Dänemark bestimmten TV-Sendung „Landet rundt“ im November 1978 auf drastische Art offenbar. Es wurde in ihr darüber geklagt, daß die Mitglieder zu wenig Mitbestimmung hätten. — Aus der großen dänischen Öffentlichkeit meldete sich ein so guter Kenner und Freund der dänischen Minderheit wie Rektor Johannes Hoffmeyer, Grenå, und zeigte sich irritiert über dieses Zerrbild der dänischen Minderheit, das die Sendung geboten habe.

Die Stellung und Aufgabe einer nationalen Minderheit in der Europäischen Gemeinschaft

Es war und ist zu erwarten, daß durch die zunehmende Einbindung Dänemarks und der Bundesrepublik Deutschland in die Europäische Gemeinschaft — und bald durch die gemeinsame legislative Arbeit im Europaparlament, das aus allgemeinen Wahlen hervorgehen soll — gerade auch Grenzregionen ihren Charakter verändern werden und neue grenzüberschreitende Aufgaben übernehmen. Aber noch stoßen alte und neue Auffassungen aufeinander. Auf die Frage von „Flensburg Avis“, was die dänischen Offiziere des Nato-Stabes Comlandjut in Rendsburg täten, um das dortige Dänentum zu stärken, antwortete ein dänischer Offizier: „Durch unseren Dienst haben wir keine Aufgaben in Verbindung mit der dänischen Minderheit. In diesem Zusammenhang sollte unterstrichen werden, daß wir uns in einer besonderen Lage befinden, weil wir im internationalen Rahmen als Nato-Offiziere eingesetzt sind. Das bedeutet nicht, daß wir uns isolieren, im Gegenteil, es gehen die Kinder eines Teils der Stabsoffiziere in die dänischen Schulen, wodurch die Lage hier für sie erleichtert wird. Im übrigen ist unser Verhältnis zur Stadt Rendsburg und ihrer Verwaltung und zu den Kollegen und Kameraden unabhängig von ihrer nationalen Herkunft bestens, so daß Rendsburg eine gute Garnisonstadt ist.“

So ist vieles im Wandel und des Nachdenkens wert. Gerade bei einer Standortbestimmung der dänischen Minderheit, wie sie hier versucht wird, spielt

die Frage nach der „nationalen Haltung“ eine besondere Rolle. Mit einer gewissen Zwangsläufigkeit scheinen sich neue Verhaltensformen anzukündigen und sich durchzusetzen, wie sie für eine pluralistische Gesellschaft, die ständig im Wandel ist, zu erwarten sind; und die allgemeinen und großräumigen politischen Veränderungen wirken ein. Bereits vor 25 Jahren hat Richard Schenck von einer Motivverschiebung des nationalen Verhaltens gesprochen (Grenzfriedensheft 2/1954). Rational gewertete sozial-ökonomische Tatbestände und politische Grundüberzeugungen, so meinte er, schoben sich in den Vordergrund und bestimmten (zunehmend) das bewußte politische Handeln. Dadurch werde die nationale Haltung zum Sekundäreffekt und gelte in der Folge nicht mehr unbedingt und stehe nicht mehr unabänderlich fest. Dieser Denkansatz wäre weiter zu verfolgen; die aufgezeigte Doppelstellung — nationale Minderheit und gleichzeitig regionalpolitische Partei — könnte vielleicht seine Erklärung finden. Bei den gut achtzig ethnischen Minderheiten verschiedener Prägung und staatlicher Einordnung mit etwa 35 Millionen Mitgliedern in Westeuropa, die ihr subjektives Bekenntnis zu ihrer Minderheit erhalten wollen oder seine staatliche Anerkennung anstreben, gilt einerseits nicht nur die Rechtslage nach Gesetz oder Vertrag, sondern vor allem die Rechtswirklichkeit (nach Theodor Veiter); andererseits ist an sie die Frage zu stellen, ob ihr Charakter als nationale Minderheit von ihnen selbst vorrangig gewollt und in ihrem politischen Handeln erkennbar ist, oder ob sie vom Beobachter bei den sich wandelnden Bedingungen der politischen Umwelt als einseitig festgelegt oder festlegbar eingestuft wird. Die dänische Minderheit trägt viele Möglichkeiten in sich.

Bundeskanzler Helmut Schmidt äußerte während seines Besuches bei der dänischen Minderheit zu Recht, er sei sich nicht darüber im klaren, ob eine liberale, sozialdemokratische oder konservative Grundstimmung im SSW überwiege; wenn diese offene Grundhaltung auch von Mitgliedern und potentiellen Wählern der dänischen Minderheit erlebt und vorgefunden wird im politischen Alltag, so daß ihre Glaubwürdigkeit als solche nicht angezweifelt werden kann, dann wird sie durch ihre Sonderstellung im Grenzraum die Bereicherung bleiben, für die sie immer wieder Anerkennung auf deutscher Seite gefunden hat. Somit entscheidet sie über ihre politische Wirklichkeit und Möglichkeit selbst.

Eine Minderheit, die sich als nationale Minderheit versteht, wird in der Spannung zwischen Mutterland und Herbergsstaat bleiben, richtig verstanden Front und Brücke sein. Die äußeren Bedingungen wandeln sich. Das eigene Selbstverständnis bestimmt sie. Es scheint, als ob darüber Unsicherheit vorhanden ist oder Veränderung sich ankündigt.

Viele Entscheidungen sind zu treffen, und erstaunlich sind die vorhandenen Möglichkeiten. Die unvergessenen Tage des Besuches der dänischen Königin Margrethe II. im Juni 1978, durch den „ein neues Blatt in der Geschichte

Südschleswigs“ geschrieben wurde, so ein Kommentar, oder „der absolute Höhepunkt aller Ereignisse“ des genannten Jahres erreicht war, müssen in diesem Zusammenhang genannt werden.

In einem Interview hat Karl Otto Meyer MdL — ernstgemeint? — geäußert, er wünschte sich einen weiteren Besuch der dänischen Königin für einige Wochen im Februar 1979. Aber damit sind wir im Vorfeld der Landtagswahl, die am 29. April 1979 stattfindet. Davon sollte hier nicht die Rede sein. Gerhard Wehlitz, der Landesvorsitzende des SSW, sagte zu Bundeskanzler Schmidt: „Wir sagen nicht, daß die dänische Lebensart die beste auf dieser Welt ist, wir sind nur davon überzeugt, daß sie es für *uns* ist.“ Ein solches Bekenntnis wird überall geachtet werden. Der dänischen Minderheit müssen angemessene Existenzbedingungen gewährt werden. Es ist zu hoffen, daß sie im politischen Kampf des Alltags ihren Charakter als nationale Minderheit nicht weiter zurückdrängt.

DAS PROBLEM DOPPELTER LOYALITÄT

Die Älteren fühlen das entspannte Verhältnis im Grenzland wie eine Befreiung im Vergleich zu den scharfen Gegensätzen früherer Zeiten. Die jungen dänischen Südschleswiger ebenso wie die jungen deutschen Nordschleswiger müssen hingegen erst eine doppelte Loyalität entwickeln: einmal gegenüber der jeweiligen Minderheit und gleichzeitig — u. a. durch den Wehrdienst — gegenüber dem jeweiligen Herbergsstaat. Wenn es gelingt, diese doppelte Loyalität auch bei den jungen Menschen zu erreichen, dann ist eine gute Zukunft im Grenzland möglich.

Bundeskanzler Helmut Schmidt

bei seinem Besuch in Flensburg im Dezember 1978

im Gespräch mit Schülern der dänischen Minderheit (aus „Der Nordschleswiger“)

Die Grenzfrage während des Zweiten Weltkrieges

und die Haltung der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig dazu

Die Fernsehserie „Holocaust“ hat die nach 1945 von dänischer Seite immer wieder aufgeworfene und innerhalb der deutschen Volksgruppe jetzt erneut auf geflammte Debatte um die „Vergangenheitsbewältigung“ wieder aufleben lassen. Dabei ist das Bemühen, hierfür sachliche und emotionsfreie Grundlagen zu schaffen, anlässlich des Deutschen Tages 1978 besonders beachtenswert. Wir veröffentlichen deshalb mit freundlicher Zustimmung den ersten Teil des dort von Ernst Siegfried Hansen gehaltenen und im „Nordschleswiger“ in seinem vollen Wortlaut veröffentlichten Vortrages, der den geschichtlichen Zusammenhang beleuchtet zwischen der Gründung der deutschen Volksgruppe im Jahre 1920 und ihrem Wünschen und Handeln nach dem Einmarsch der deutschen Truppen in Dänemark im Jahre 1940.

Der Zusammenhang mit der Zeit von 1920-33 und 1933-40

Bevor man den Versuch unternimmt, die Stellung der Volksgruppe im Zweiten Weltkrieg zu analysieren, muß man sich darüber im klaren sein, daß ein innerer Zusammenhang besteht mit den Perioden 1920-33 und 1933-40. Nur so ist zu erklären, daß die Frage, ob die aus den Volksabstimmungen hervorgegangene deutsch-dänische Grenze bestehen bleiben sollte oder nicht, bis weit in die Besatzungszeit Dänemarks hinein eine entscheidende Rolle spielen konnte.

Über die zwanziger Jahre hat Ernst Schröder einmal gesagt: „Das Selbstbestimmungsrecht war die Grundlage und die Waffe jener Zeit.“ Gemeint ist die 1920 von Schmidt-Wodder für die Volksgruppe erhobene Forderung nach einer „neuen Entscheidung“. — Rückblickend erscheint es eigenartig, daß es stets gelang, in der Schwebe zu halten, was konkret damit beabsichtigt war. Es ist anzunehmen, daß Schmidt-Wodder an eine neue Teilungslinie dachte. Bei der en-bloc-Abstimmung hatte der Gürtel zwischen der Tiedje-Linie und der neuen Grenze 54,1 Prozent deutsche und 45,9 dänische Stimmen.

Die Alternative zur Teilung Schleswigs mußte eine „neue Entscheidung“ — also eine en-bloc-Abstimmung — für das ganze alte Herzogtum Schleswig sein, aber ich sehe nicht, daß das klar ausgesprochen wurde. Dieser Schwebezustand in der prinzipiellen Einstellung zur Grenzfrage änderte sich offensichtlich nicht, als eine neue Welle nach der nationalsozialistischen Machtergreifung in Deutschland über die Grenze schlug. Die Forderung nach einer „neuen Entscheidung“ vergrößerte sich zum „Heim ins Reich“.

Das Ziel einer Rückkehr Nordschleswigs zu Deutschland war primär mit der Tatsache verbunden, daß die nach den Volksabstimmungen gezogene Grenze

nur im Versailler Vertrag verankert war — wie eine Reihe der Grenzen Deutschlands, die in der Zeit von 1933 bis 1939 von Hitler überrollt wurden. Sieht man ab von der auf Parteebene abgeschlossenen Stauning-Wels-Absprache, so hatte selbst die Weimarer Republik die neue Grenze niemals ausdrücklich anerkannt. Die nationalsozialistische Machtergreifung in Deutschland mußte in der Grenzfrage, um ein modernes Wort zu gebrauchen, zu einem „erhöhten Erwartungshorizont“ in den Kreisen der Volksgruppe führen, für die eine Grenzrevision am Anfang und Ende der Hoffnungen stand.

Wir können hier zu fragen beginnen, ob diese Priorisierung auch für die breite Mehrheit der Volksgruppe galt, die ihrer Grundstruktur nach als bäuerlich-bürgerlich mit konservativen Akzenten zu bezeichnen war. Gab es eine „schweigende Mehrheit“, die mit dem Getrommel gegen die Grenze nach 1933 nicht übereinstimmte? Historiker sollten diese Frage aufwerfen, aber werden es schwer haben, eine Antwort darauf zu finden. Wir könnten allerdings darüber nachdenken, wie unsere Großeltern oder Eltern reagierten.

Strukturänderungen in der Volksgruppe

Für die Analyse, die wir hier versuchen, ist es jedoch nicht nur von Belang, daß dieses angehobene Stimmungsbild in der Volksgruppe, das dänische Historiker nicht nachzuempfinden vermögen, in die Besatzungszeit hineinwirkte, sondern es sollte auch dargestellt werden, wie die Umstrukturierung der Führungsschicht in der Volksgruppe nach 1933 sich vollzog und was sie für den weiteren Verlauf der Entwicklung bedeutet haben kann. — Neue Leute traten auf, lösten weitgehend die konservativen bäuerlich-bürgerlichen Kräfte in der Leitung der deutschen Vereinigungen ab und drängten den intellektuell geprägten engeren Kreis um Schmidt-Wodder von der ersten Linie ab.

Dieser Prozeß, den meine Generation in der jüngsten Jugend miterlebt hat, war bis 1938 eine wenig erbauliche Geschichte des heillosen Gegeneinanders in der Volksgruppe. Wir schweigen lieber darüber, aber sollten es im Rückblick zumindest in einer Hinsicht nicht tun; denn hier zeigte sich zum ersten, aber leider nicht zum letzten Male, daß das nationalsozialistische Deutschland, wie Dr. Werner Best es ausgedrückt hat, kein autoritärer Staat war, sondern ein Autoritätenstaat. Hitlers Prinzip war ja auf allen Ebenen der Dualismus. Man hatte damals und hat noch heute den Eindruck, daß hinter jeder der sich in der Volksgruppe streitenden Gruppen Kräfte in Deutschland verbargen, die interne Positionskämpfe austrugen.

1938 zeichnete sich endlich eine Klärung ab durch das Erscheinen von Dr. Jens Möller auf der Bühne als Partei- und Volksgruppenführer. Die Doktorenpartei hat gewonnen, wie ironisch gesagt wurde. Wenn es aber berechtigt ist, eine Relativitätsbetrachtung anzuwenden, so wird man sicherlich feststellen müssen,

daß im Vergleich zu potentiellen anderen Möglichkeiten mit Dr. Möller die gemäßigte nationalsozialistische Richtung in der Volksgruppe ans Ruder kam. Das kann natürlich bestritten werden, aber ist mein Eindruck. Ich denke hier an Aspekte, die sich in der Besatzungszeit hätten ergeben können, wenn sich aus diesem brodelnden Kessel andere Geister erhoben hätten.

In der Vorkriegszeit spitzte sich alles auf die Kraftprobe zwischen Mehrheit und Minderheit der nordschleswigschen Bevölkerung bei der Folketingswahl vom 3. April 1939 zu. Bei überall fallenden Versailles-Grenzen und der großen Heimkehr ins Reich befand die Volksgruppe sich in der Konjunktur, wie es in dem berühmten Plakat zum Ausdruck kam: „12. März 1938: Österreich kehrt heim ins Reich. September 1938: Sudetenland kehrt heim ins Reich. März 1939: Böhmen und Mähren werden deutsches Protektorat. März 1939: Memel kehrt heim ins Reich. 3. April 1939: Nordschleswig stimmt auf Slesvigsk Parti.“

Das taten 15.016 Nordschleswiger, doppelt so viele wie bei der ersten Folketingswahl 1920, und 2.399 mehr als 1935. Der dänischen Seite aber gelang eine nationale Mobilisierung wie noch nie seit der Volksabstimmung. Bei einer Rekordbeteiligung von 92,4 % wurden 79.422 dänische Stimmen abgegeben, 10.627 mehr als 1935. Der weit überwiegende dänische Charakter Nordschleswigs, en bloc gesehen, wurde so an der Schwelle des Zweiten Weltkrieges in das Protokoll der Geschichte unserer Heimat eingetragen.

Hitler und die Nordschleswigfrage

Wir nähern uns nun dem 1. September 1939, als Hitler seine Reichstagsrede zum Ausbruch des Krieges hielt: „Ich habe mich daher nun entschlossen, mit Polen in der gleichen Sprache zu reden, die Polen seit Monaten uns gegenüber anwendet“, wie er ausrief. Als Parteiführer erließ Dr. Möller den Aufruf, den man als Ausgangspunkt der Ereignisse in der Besatzungszeit nicht übergehen kann: „... Der Kampf des deutschen Volkes ist auch unser Kampf, sein Glaube ist auch unser Glaube und seine Stärke ist auch unsere Stärke ...“, schrieb Dr. Möller, der „unverbrüchliche Solidarität“ versprach, aber auch zur Disziplin und Besonnenheit aufrief.

Hier sollte man einen Blick auf die Frage werfen, wie Hitlers Einstellung zur Nordschleswig-Frage war. Es scheint, daß es darüber nur ein begrenztes Quellenmaterial gibt, woraus möglicherweise zu schließen ist, daß die Frage ihn nur am Rande interessierte. Es liegt eine Aufzeichnung des deutschen Gesandten in Kopenhagen, v. Renthe-Fink, von Mitte Juni 1939 über ein Gespräch mit dem schleswig-holsteinischen Gauleiter Lohse darüber vor, und sie lautet:

„Führer — jedenfalls vorläufig — nicht für Wiedervereinigung Nordschleswigs mit Deutschland. Deutscher Bevölkerungsteil nur ein Drittel. Möchte keine fremde Bevölkerung im Reich. Steht bei Erklärung, daß er keine territorialen Wünsche

mehr hat. Will keinen Krieg wegen Nord Schleswig, denkt an Nordosteuropabund.“ Diese Notiz gab nach dem Kriege den Anlaß zu einer polizeilichen dänischen Vernehmung Lohses im Lager Esterwegen im Emsland. Hier bestätigte Lohse, bei der Probefahrt mit dem KdF-Schiff „Robert Ley“ 1939 mit Hitler gesprochen zu haben. Hitler fand es nicht opportun, die deutsch-dänische Grenze zu verschieben. Mit Dänemark müsse man eine friedliche Lösung suchen, ggf. bei Austausch beider Minderheiten. Als Begründung führte Hitler an, Nord Schleswig sei nicht sehr groß, die Bevölkerung (national) gemischt, die Eingliederung ohne Bedeutung für Deutschland wirtschaftlich und volkstumsmäßig. Diese Einstellung Hitlers sei während der Besatzungszeit Dänemarks unverändert geblieben, sagte Lohse.

In der Reichstagsrede vom 6. Oktober 1939, die einen Rechenschaftsbericht über den Polen-Feldzug enthielt, zog Hitler wieder alle Register gegen Versailles: „Die Wiege des polnischen Staates stand in Versailles“, „Eine der unsinnigsten Taten von Versailles ist beseitigt“, „Ich habe dem deutschen Volk mein heiliges Wort verpfändet, den Versailler Vertrag zu beseitigen.“

Dies mag bei einem Teil der Volksgruppe größeren Eindruck gemacht haben als der Passus über Dänemark, der in dieser Rede enthalten war und lautete:

„Deutschland hat Dänemark gegenüber keinerlei Konsequenzen aus der im Versailler Vertrag vorgenommenen Abtrennung des deutschen Gebiets gezogen, sondern im Gegenteil mit Dänemark ein loyales und freundschaftliches Verhältnis hergestellt. Wir haben keinerlei Forderung auf Revision erhoben, sondern mit Dänemark einen Nichtangriffspakt abgeschlossen. Das Verhältnis zu diesem Staat ist damit auf eine unabänderliche loyale und freundschaftliche Zusammenarbeit gerichtet ...“

Diese Rede war gekennzeichnet von dem Versuch Hitlers, nach der Niederwerfung Polens, Großbritannien und Frankreich zu einem Abschluß des Krieges zu veranlassen, ein Friedensangebot, das Premierminister Chamberlain am 13. Oktober 1939 mit der Feststellung beantwortete: „Wiederholte Nichteinhaltung seines Wortes und die plötzliche Umkehr seiner Politik machen es mir grundsätzlich unmöglich, mich mit seinen ... Friedensplänen zu befassen...“ — Mit etwa ähnlichen Empfindungen mag man auf dänischer Seite die Zusicherungen Hitlers über Dänemark aufgenommen haben, ohne darüber etwas verlauten zu lassen.

Die Frage, die sich hier erhebt, ist, ob nicht die Erklärungen Hitlers im Reichstag, deren Wortlaut in allen deutschen Zeitungen zugänglich war, die Partei- und Volksgruppenführung hätte veranlassen sollen oder können, die Grenzfrage ad acta zu legen. Ich kann auch diese Frage nicht beantworten. Nahm man Hitlers Worte ebenso wenig für gute Ware wie Chamberlain? Hielt man sie für taktisch bestimmt? Oder reagierte man ungeachtet des Führerprinzips, das ja eine Art

Unfehlbarkeitsdoktrin für Hitler einschloß, doch aus dem Bewußtsein einer eigenen Entscheidungs-Souveränität?

Die Volksgruppe als Objekt

Wir können demgegenüber aus den heute bekannten Akten feststellen, daß die Einstellung Hitlers zur Nordschleswig-Frage unmittelbar vor dem Kriege und in der ersten Polen-Phase des Krieges den Hintergrund bildet für die Einwirkung des damaligen Auswärtigen Amtes auf die Politik der Volksgruppe. Ich brauche hier nicht im Detail auszumalen, was geschah, denn das kann jeder nachlesen. Dr. Möller wird nach seiner Wahl in das Folketing im Frühjahr 1939 nach Berlin gerufen. Ihm wird entschieden deutlich gemacht, daß die Beziehungen zu Dänemark jetzt keinesfalls belastet werden dürfen und daß die Rückgliederung Nordschleswigs nicht akut ist. Es sei nicht angängig, daß er in seiner ersten Folketingsrede die Grenzfrage anschneide.

Dänische Historiker werden zur Befriedigung darüber neigen, daß hier der Volksgruppe die Leviten gelesen wurden. Das wiederholte sich nach dem Solidaritätsaufruf Dr. Möllers bei Kriegsausbruch. Das Auswärtige Amt forderte ihn auf, die Loyalität gegenüber der dänischen Regierung zu betonen. Die Volksdeutsche Mittelstelle drohte ihm an, als Volksgruppenführer nicht mehr anerkannt zu werden, und „untersagte“ ihm ausdrücklich „jede öffentliche Erklärung ohne vorherige Verständigung“.

Deutsche Historiker sollten eher die Frage stellen, warum Dr. Möller nicht das Tischtuch zerschnitt und seine Rückfahrkarte benutzte. Wie man auch zu der „Heim ins Reich“-Politik steht, die Dr. Möller vertrat, so haben wir es hier mit einer, milde gesprochen, robusten Methode der deutschen Instanzen zu tun. Sie zitieren — wohlgermerkt vor der Besetzung — einen demokratisch in das dänische Folketing gewählten Abgeordneten nach Berlin und schreiben ihm vor, was er im dänischen Parlament sagen und nicht sagen darf.

Ich war damals wie heute meiner prinzipiellen Einstellung nach kein „Heim ins Reich“-Mensch, aber die Lektüre dieser Akten kann mich noch heute mit Zorn erfüllen; denn die Herren sagten ja nicht zu Dr. Möller: „Nun hören Sie einmal, Parteigenosse, die Dänen haben in Nordschleswig mehr als fünfmal so viele Stimmen wie Sie, das Land ist und bleibt dänisch“ — sondern er soll parieren, weil es nicht „opportun“ ist, die Grenzfrage anzuschneiden, er soll seine Leute zurückpfeifen. Unter verstanden: Vielleicht ist es übermorgen anders, und dann pfeift man sie wieder zusammen. Die Volksgruppe ist ein *Objekt*.

Die Haltung der Volksgruppe nach der Besetzung Dänemarks

Wie es dazu kam, daß Dänemark am 9. April 1940 — quasi als Sprungbrett nach Norwegen — besetzt wurde, soll uns hier nicht beschäftigen. Für unsere Analyse

von Bedeutung ist zunächst einmal, daß die Volksgruppe, wie auch von dänischen Historikern anerkannt, über den bevorstehenden Einmarsch deutscher Truppen in keiner Weise unterrichtet war. Es kann keine Rede davon sein, daß die Volksgruppe etwa eine „Fünfte Kolonne“ gewesen wäre.

Die Frage, die bisher nur einseitig beleuchtet ist, bezieht sich auf das Verhalten der Volksgruppe in der unerwarteten Situation: Deutsche Soldaten auf den Straßen im Vormarsch nach Norden nach kurzen Gefechten in den frühen Morgenstunden. Die Einseitigkeit besteht darin, daß einzelne Episoden, die sich an verschiedenen Stellen Nordschleswigs abspielten, in dem auf die Rechtsabrechnung abgestellten Dokumentationsmaterial ein unverhältnismäßiges Gewicht erhalten. Dies sei gesagt, ohne von der Existenz dieser Episoden absehen zu wollen, die auch Noack als „spontan und isoliert“ bezeichnet.

Das Gesamtbild, das sich nach außen hin vom Verhalten der Volksgruppe ergab, bezieht sich auf die Begeisterung, mit der vor allem jugendliche deutsche Nordschleswiger die deutschen Kolonnen begrüßten, der Drang zur Verbrüderung zwischen Deutschen und Deutschen. — Hinter dieser leider „photogenen“ Kulisse von Heil-Grüßen, Fähnchenschwenken, Blumensträußen und Platzkonzerten verbirgt sich, so glaube ich, eine andere Reaktion in einem erheblichen Teil der Volksgruppe, insbesondere der älteren Generation: eine Ängstigung, was daraus werden könnte, und ein Mitempfinden mit den dänischen Landsleuten, für die es ein bitterer Tag sein mußte.

Offen ist, ob und in welchem Umfang ein Teil der Volksgruppe dem Irrtum unterlag zu glauben, daß die Besetzung gleichbedeutend sein werde mit einer Rückgliederung Nordschleswigs nach Deutschland. Festzustellen ist, daß die Partei- und Volksgruppenführung nach allem, was aus den Akten zu entnehmen ist, diesem Irrtum *nicht* verfiel. Peter Larsen und Dr. Möller fanden sich bei Polizeimeister Agerstedt in Apenrade ein, um eine Loyalitätserklärung abzugeben und sie mit Handschlag zu bekräftigen.

In dänischen Darstellungen neigt man zu der Auffassung, das sei geschehen im Hinblick auf die Vermeidung drohender Episoden und auf Anregung eines deutschen Offiziers, gewissermaßen ad hoc. — Vieles spricht dafür, auch die Darstellung der Beteiligten selbst, daß es sich um eine generelle, vor dem Besuch bei Agerstedt abgesprochene Loyalitätserklärung handelte, auf die Dr. Möller sich auch später im Folketing berufen hat. Wie dem auch sei, nachweisbar ist, daß die Partei- und Volksgruppenführung die Situation des 9. April 1940 nicht zum Anlaß eines Versuches nahm, durch organisierte Aktionen die Nordschleswig-Frage akut zu machen. — Diese Möglichkeit, die nicht wahrgenommen wurde, gehört zu einer korrekten Darstellung der Ereignisse.

Stimmungswelle im Sommer 1940

Als hätte man in der Volksgruppe nicht begriffen, daß mit der Besetzung eine Grenzänderung nicht verbunden sei, begaben sich nach dem 9. April Vertreter deutscher Instanzen auf die Reise, um dies der Partei- und Volksgruppenführung klarzumachen. Das Ergebnis war die Bemühung der Partei- und Volksgruppenführung, den aktiven Kräften den Gedanken nahezubringen, daß der Verzicht auf eine Erörterung der Grenzfrage mit Rücksicht auf den deutschen Schicksalskampf notwendig sei. So geschah im Rednerdienst Nr. 1 vom 29. April 1940 unter der Federführung von Rudolf Stehr, geschrieben etwa nach dem Motto: Wie sag' ich's meinem Kinde.

Diese Vertagungsthese erinnert mich an eine Aktenmappe, die ich einmal in Berlin sah: Sie trug die Aufschrift: Wiedervorlage nach dem Siege. Verwirrend wirkt es, daß die These zunächst ohne Durchschlagskraft war, denn sonst hätte es nicht zu der Kette von Irrtümern kommen können, von der die Ereignisse in Nordschleswig im Sommer 1940 geprägt waren. Zu beiden Seiten der Grenze glaubten viele, am dänischen Wiedervereinigungstag, dem 15. Juni, werde Nordschleswig wieder deutsch werden. Als nichts geschah, richtete man den Blick auf den Versaillestag, den 28. Juni.

Zum Hintergrund dieser Stimmungswelle gehört der deutsche Siegestaumel über den Sieg im Westen. Am Tag vor dem besagten 15. Juni rückten deutsche Truppen in Paris ein, am Tag selbst fiel Verdun, über Versailles wehte die Reichskriegsflagge, am 21. Juni folgte die Kapitulation von Compiègne, am 25. Juni war der Feldzug im Westen beendet. In diesem Siegestaumel war Hitler alles zuzutrauen. Im Grenzland Schleswig traute man ihm auch zu, einen Strich über die Grenze von 1920 zu machen, die für ihn ungeachtet der Volksabstimmung eine Versailles-Grenze war, wie wir früher im Zitat festgestellt haben. So errichtete man Flaggenstangen und kaufte Fahnen und harpte der großen Dinge, die kommen sollten.

Viele Druckseiten opfern die dänischen Publikationen auf die Frage, wie Dr. Möller eigentlich zu diesen Dingen stand. Es gab da die Rede vor Amtswaltern in Tingleff am 16. Juni, in der er betont haben sollte, das Flaggen mit Hakenkreuzfahnen sei verboten, er wünsche nicht, daß geflaggt werde, jedenfalls nicht vor dem 28. Juni. Aus den Vernehmungen nach dem Kriege ging hervor, daß es Amtswalter gab, die darin eine Ankündigung einer Grenzänderung für den 28. Juni gesehen hatten, aber andere, die dies nicht bestätigten. Endlich am 25. Juni 1940 machte ein Parteibefehl, daß Flaggen verboten sei, dem Spuk ein Ende.

Dezember 1940: Die Grenzrevision wird ad acta gelegt

Wir müssen eine Reihe von Facetten überspringen, um zu der Konferenz zu kommen, die im ganzen gesehen eine Wende in der Politik der Volksgruppe

darstellt. Ich meine die Konferenz am 4. und 5. Dezember 1940 in der Volksdeutschen Mittelstelle in Berlin unter Teilnahme von Dr. Möller, Peter Larsen, Rudolf Stehr und Jef Blume.

Hier wurde die Grenzrevision ad acta gelegt. Es wurde festgestellt, daß der Schwerpunkt der Arbeit in der Erhaltung des Deutschtums liege. Die Arbeit solle in die Richtlinien eingeordnet werden, die sich aus dem deutschen Schicksalskampf und einer Angleichung an die deutsche Außenpolitik ergäben. Wenn man den 5. Dezember 1940 als Stichtag für den Abschluß der Grenzrevisionsphase in der offiziellen Politik der Partei- und Volksgruppenführung bezeichnet, so muß man hinzufügen, daß es immer noch aktivistische Kräfte gab, die sich damit keineswegs abfanden. — Hier handelte es sich in erster Linie um Sprecher der Schleswigschen Kameradschaft SK — die etwa der SA in Deutschland entsprach —, die in den Jahren 1941/42 aggressiv, aber ohne wirklichen Erfolg für die Wiederaufnahme der Revisionspolitik eintraten. Man gewinnt den Eindruck, daß insbesondere Peter Larsen als neuer SK-Führer durch ein ebenso gewagtes wie geschicktes Spiel verstand, diese Attacke gegen die Führung zu neutralisieren.

Die Revisionsperiode von der Vorkriegszeit bis zum 5. Dezember 1940 muß dann von künftigen Historikern auf die Bevölkerungsmehrheit in Nordschleswig projiziert werden; denn es ist eine Binsenwahrheit, daß die Ereignisse nicht im luftleeren Raum stattfanden, sondern in der dänischen Bevölkerungsmehrheit zunächst das Gefühl und dann das Bewußtsein einer potentiellen Bedrohung der Zugehörigkeit Nordschleswigs zu Dänemark hervorrufen mußten. Auf diesem Gebiet der dänischen Reaktion muß es meines Ermessens eine Fülle bisher nicht veröffentlichten und erschlossenen Materials geben. Berichte jeder Art von Amtsmännern, den Organisationen, dem Grenzland-Konsulenten des Außenministeriums, um nur einige Möglichkeiten zu nennen.

Ich will nur ein Beispiel herausgreifen: Am 10. Juli 1940 hatte Erik Scavenius als neuer dänischer Außenminister ein erstes Gespräch mit dem deutschen Gesandten v. Renthe-Fink. Nach dem Bericht des Gesandten an das Auswärtige Amt wies Scavenius darauf hin, daß die nordschleswigsche Frage in den dänisch-deutschen Beziehungen zu großen Schwierigkeiten führe. Er, Scavenius, habe früher der dänischen Regierung nahegelegt, eine direkte Verständigung mit Deutschland zu suchen, aber habe leider vor tauben Ohren gesprochen. Jetzt die Frage für sich genommen aufzugreifen, müsse für jede dänische Regierung schwierig sein. Könne Deutschland nicht auf eine Diskussion des Problems verzichten, so werde es wohl am besten sein, es in Verbindung mit der Neuordnung Europas zu tun.

Scavenius kommt hier der Grenzfrage gefährlich nahe. Es wäre interessant zu erfahren, ob Scavenius zu diesem oder zu einem späteren Zeitpunkt als der

Realpolitiker, der er war, die Möglichkeit einkalkuliert hat, eines Tages gezwungen zu sein, Hitler eine Ecke von Nordschleswig anzubieten, quasi wie von einem Wolf Verfolgte in Sibirien dem Raubtier einen Happen zuwerfen.

Ist es richtig, wie man gehört hat, daß Scavenius sich darüber mit den nordschleswigschen Amtmännern und/oder Abgeordneten beriet, die es rundweg ablehnten und, wenn Hitler ganz Nordschleswig schluckte, lieber bereit waren, den alten Kampf für ein dänisches Nordschleswig wieder aufzunehmen?

In der Schwebel gelassen

Wir müssen uns über eines im klaren sein: Die Ermahnungen und Pressionen reichsdeutscher Instanzen gegen die Volksgruppe in der Revisionsfrage waren, wie wir gesehen haben, taktisch bestimmt. Auch nach dem Gespräch mit Scavenius erhielt Renthe-Fink lediglich die Anweisung, in der Nordschleswig-Frage die größte Zurückhaltung zu üben und sich jeder Einmischung zu enthalten. Ich finde in den Akten keinen einzigen Ansatz deutscher Instanzen zur Anerkennung der Grenze von 1920, und auch die dänischen Historiker finden ihn nicht. Man läßt die Frage bewußt in der Schwebel, weshalb — das muß man einsehen — ein echter Anlaß zur ständigen Beunruhigung bestand, gesehen von der dänischen Bevölkerungsmehrheit.

In der Gefährdung der Grenze liegt, das werden wir erkennen müssen, psychologisch eine tiefere Ursache des Spannungsverhältnisses zwischen Dänisch und Deutsch in Nordschleswig, das nach der Kapitulation zu so bitteren Ereignissen führte, als in allen anderen Streitpunkten einschließlich der Werbungen für Frontdienst, Zeitfreiwilligendienst und Selbstschutz. Um so wichtiger ist die Feststellung, daß der Partei- und Volksgruppenführung nichts nachgewiesen wurde, was unter den Begriff Hochverrat fällt. Dr. Möller wurde von der Hochverratsanklage freigesprochen.

Die Heimvolkshochschulen Dänemarks — besonders Rødding Højskole

Zweimal haben Mitglieder des Grenzfriedensbundes die im Jahre 1844 gegründete älteste dänische Heimvolksschule in Rødding und die seit 1905 bestehende deutsche Heimvolkshochschule in Tingleff auf einem Ausflug besucht. Ein bei dieser Gelegenheit gehaltener Vortrag über die Entwicklung der dänischen Heimvolkshochschulen und insbesondere Røddings wurde uns von Herrn Thomas Rørdam freundlicherweise zur Veröffentlichung überlassen. — Dr. Hans Peter Johannsen stellte seine „Erinnerungen an die Tingleffer Volkshochschule, gesehen aus der Sicht des Nachbarhauses“ zur Verfügung. Die heutige Nachschule Tingleff ist die Nachfolgerin der 1945 geschlossenen und vom dänischen Staat enteigneten Schule. Sie nahm als Nachschule 1951 in einem neu errichteten Gebäude ihre Tätigkeit auf.
(Die Red.)

Dänemark ist ein kleines Land. In der Größe ein Fünftel der Bundesrepublik und nur etwa fünf Millionen Einwohner. Es passiert nicht oft, daß ein Land dieser Größe in anderen Ländern Interesse für sich erregen kann. Aber es gibt doch drei Dinge, durch die Dänemark im Ausland bei vielen bekannt geworden ist. Es sind einmal die Märchen von Hans Christian Andersen; Kinder in der ganzen Welt kennen sie. Zum zweiten sind es die Genossenschaftsbewegung und die soziale Wohlfahrt; an der dritten Stelle kommen die dänischen Heimvolkshochschulen.

Diese sind kennzeichnend für die Kultur in Dänemark. Sie haben die dänische Volksaufklärung, das häusliche und das öffentliche Leben geprägt. Durch ihre Ideen und praktische Arbeit haben die Volkshochschulen, deren Epoche von der Rødding Højskole eingeleitet wurde, die Demokratie gefestigt. Die Grundlage ist „frei zu denken, zu glauben und zu sprechen“, wie N. F. S. Grundtvig, der Vater des Volkshochschulwesens, es ausdrückte. Die Heimvolkshochschulen sind Dänemarks wesentlichster Beitrag zur pädagogischen Debatte in der Welt überhaupt. Da sie die Veränderungen in der dänischen Gesellschaftsstruktur und den sozialen Fortschritt widerspiegeln, waren sie dem Gesetz der Entwicklung unterworfen. Neuland wurde beschriften. Altes über Bord geworfen, aber im Grundprinzip ist das Ziel gleich geblieben. Die zentrale Aufgabe ist die Aufklärung über das Leben.

Ausländer identifizieren zuweilen die Heimvolkshochschulen mit der freiwilligen dänischen Volksaufklärungsarbeit insgesamt. Das kann man aber nicht, denn ihr Charakteristikum ist, das sie Internatsschulen sind. Der dänische Volkscharakter zeigt sich in den Heimvolkshochschulen, weil der Kern des dänischen Volks, früher die Bauernbevölkerung, in diesem Jahrhundert aber auch die der Städte, am Aufbau der Schulen beteiligt war. Sie kamen aus dem Volk selbst, nicht etwa durch

eine amtliche Initiative. Die demokratische Lebensform geht wie ein roter Faden durch die Geschichte der Heimvolkshochschulen. Sie entstanden im vergangenen Jahrhundert zu einer Zeit, als die Regierung durch das Volk den Absolutismus ablöste. Sie stellten sich in den Dienst der Volksregierung.

Grundtvig war es, der durch seine Aufklärungsgedanken die Grundlage für die Heimvolkshochschulen und die volksnahe Aufklärungsarbeit schuf. Er war der große Inspirator. Er wird oft in der pädagogischen Debatte zitiert. Sein Name steht unter zahlreichen Liedern im Gesangbuch der Volkshochschulen, und seine Psalmen werden jeden Sonntag in der Kirche gesungen.

Nikolaj Frederik Severin Grundtvig wurde 1783 geboren und starb 1872 im hohen Alter seines 90. Jahres. Sein ganzes Leben hindurch arbeitete dieser bienenfleißige Mann unermüdlich als Pfarrer, Dichter und Volksaufklärer. Er war ein Kind des Rationalismus im 18. Jahrhundert, aber durch Lesen deutscher romantischer Philosophie wurde er früh mit Fichte und Schelling vertraut. Was besonders seine Schulgedanken betrifft, war er von Herder, der sich für eine humane Bildung einsetzte, beeinflusst. Eine humane Bildung bedeutete für Herder eine von den Voraussetzungen des Volks ausgehende Bildung, geprägt von der eigenen Geschichte und Dichtung des Landes. Er wandte sich gegen die Auffassung, daß die Bildung eines Volkes von Völkern bestimmt werden sollte, die in Zeit und Raum so fernstanden wie die Römer und Griechen, von Sprachen wie Latein und Griechisch.

Diese Gedanken fanden bei Grundtvig vollen Widerhall. Er besaß ein tiefes Einfühlungsvermögen in die Muttersprache, in die Geschichte und Poesie des Vaterlandes, und er hatte hohe Vorstellungen von dem Platz, den diese in der Aufklärungsarbeit haben sollten. Hinzu kam, daß er 1803 für sein ganzes Leben durch die Vorlesungen seines Veters Henrik Steffens über Romantik an der Universität Kopenhagen beeinflusst wurde. Steffens — eine bekannte Gestalt der deutschen Philosophiegeschichte (Professor in Breslau und Halle) — überzeugte Grundtvig davon, daß die unsichtbare Welt, die Welt des Geistes, die wirkliche sei und das gesprochene, das lebendige Wort, durch welches der Geist seinen Ausdruck findet, Schöpferkraft hat.

Der Hintergrund für Grundtvigs Interesse an Schulfragen waren persönliche Erlebnisse während seiner eigenen Wachstums- und Jugendjahre. Er wuchs auf einem Pfarrhof im südlichen Teil der Insel Seeland auf. Später kam er auf die Lateinschule in Århus, wo er dieselben bitteren Erfahrungen machte, welche Herder sagen ließen: „Weg mit Latein! Durch die Muttersprache lernt man Grammatik von der Sprache und nicht Sprache von der Grammatik her.“ Grundtvig nannte die Lateinschulen „Schulen für den Tod“. Er wandte sich gegen jede Form des „Bücherwurmwissens“. 1854 sagte er frank und frei: „Wenn davon die Rede sein sollte, alle Lateinschulen zu schließen, würde ich dafür stimmen.“ Sie wären

„vertrottelnnde Verdummungsanstalten“.

Grundtvigs Heimvolkshochschulgedanken wurden schon während des Absolutismus niedergeschrieben. Sie waren mit den Problemen der aufkeimenden Regierung durch das Volk verknüpft. In den dreißiger Jahren des 19. Jahrhunderts waren in Dänemark beratende Provinzialstände nach preußischem Muster eingeführt worden. Damit war der erste Schritt zur volklichen Selbstregierung getan. Es war echte Sorge um Dänemarks Zukunft mit einer Volksregierung, die eine der Treibfedern bei den Schritten zur Heimvolkshochschule bildete. Grundtvig erfüllte Angst vor einem revolutionären Aufstand, falls die Volksregierung nicht auf einem breiten kulturellen Fundament verankert werden würde.

Es war eine Frage auf Leben und Tod für das ganze Volk, ob die Heimvolkshochschule realisiert werden könne oder nicht. Grundtvig ging davon aus, daß eine solche Schule in Sorø durch Initiative des Staates entstehen sollte. Er dachte sich die Schule so, daß sie die Jugend aus allen Ständen aufnehmen könnte. Sie sollte eine Brücke über die soziale Kluft zwischen den verschiedenen Gesellschaftsklassen bauen. Es sollte weder Aufnahmeprüfungen noch Schlußexamen geben. Die Aufklärung sollte durch das lebendige Wort, durch das Gespräch erfolgen, nicht so sehr durch Vorträge. Im Gegensatz zu den Epigonen der sogenannten Grundtvigianischen Bewegung meinte Grundtvig, in der Ausdrucksform des Vortrages könnte es etwas Herrschsüchtiges und Dozierendes geben. Durch das Gespräch könnte eine lebendige Wechselwirkung zwischen Lehrer und Schüler und zwischen den Schülern entstehen, ohne daß ein vornherein gegebenes Resultat vom Lehrer eingeplant wäre. Eine wichtige Voraussetzung dafür müsse jedoch ein Zusammenleben von Lehrer und Schüler entsprechend dem sein, das er selbst während seines Aufenthaltes am Trinity College in Cambridge erlebt hatte.

Die Schule sollte kein neues Menschenideal heranbilden. In dieser Hinsicht hat man später, nicht zuletzt im Ausland, Grundtvig falsch interpretiert. Er benutzt nicht das Wort Volkserziehung (folkeopdragelse), weil dies zu der Vorstellung führen würde, es ginge um Verwandlung, einen Begriff, gegen den er in seinen Schriften stark polemisiert. Er spricht bewußt von Bildung und Aufhellung (oplysning) in der Bedeutung „Lebensaufklärung“ oder „Lebensaufhellung“. Auf seiner Schule für das Leben und gegen den Tod sollte jedwede Frage aufgegriffen werden können, wenn nur Interesse und Lerneifer bei der Hand wären. Mit Ausnahme von Welt- und Dänemarkgeschichte, deren Bedeutung zur Lebensaufklärung er unterstrich, interessierte die Wahl des Lehrstoffes ihn nicht so sehr.

Der Gedanke, eine Staatsvolkshochschule in Sorø zu errichten, wurde indessen von dem Kultusminister nach der Verfassungsänderung 1849, Professor Madvig, selbst ein Verfechter des Lateinischen, begraben. Aber ungefähr gleichzeitig

entstanden mehrere Volkshochschulen durch private Initiative, hauptsächlich „höhere Bauernschulen“. Sie waren aber nicht alle von Grundtvig inspiriert.

1842 konnte eine solche „höhere Volksschule“ in Rendsburg im deutschen Teil des damaligen dänischen Gesamtstaates eröffnet werden. Sie war eine „wirtschaftliche Realschule“, eine ländliche Parallele zu den Realschulen der Städte. Sie war eine Schule mit Examen und eine gewöhnliche Tagesschule, während Rødding Højskole von 1845 ab und auch so gut wie alle anderen „höheren Bauernschulen“ (später Volkshochschulen genannt) nach genauem deutschem Vokabular Heimvolkshochschulen waren, wo die Schüler volle Pension hatten.

Mit unermüdlicher Energie hatte der von den Schulgedanken Grundtvigs inspirierte Professor Christian Flor, Universität Kiel, für die Errichtung einer *dänisch-*sprachigen Heimvolkshochschule in Schleswig gearbeitet. Der Hintergrund war der Nationalitätenkampf in diesem Teil der Monarchie. Dieser flammte Anfang der vierziger Jahre stark auf, und der Hintergrund war folgender: Durch eine königliche Verordnung vom März 1844 wurde festgelegt, daß Deutsch die offizielle Sprache in der schleswigschen Ständeversammlung sein sollte. Nur wer nicht in der Lage war, deutsch zu sprechen, hatte die Erlaubnis, Dänisch zu benutzen. Selbst im völlig dänischsprachigen Nordschleswig griff der Unterricht auf Deutsch immer weiter um sich. Dort war in vier dänischen Städten und 50 dänischen ländlichen Orten Deutsch die Gerichts-, Kirchen- und Schulsprache. Es gelang Flor mit Unterstützung einer nationalliberalen Hilfsvereinigung in Kopenhagen, ein zinsfreies Darlehen zum Kauf eines Bauernhofes im Dorf Rødding zu erhalten. Dieser wurde als Heimvolkshochschule eingerichtet.

Es ist immer ein Festtag auf Rødding Højskole, wenn ein neuer Schülerkurs willkommen geheißen wird. Blanke Autos fahren vor dem Haupteingang der Schule auf. Zum Teil gehören sie den Schülern. Mit wohlwollender Hilfe eines eifrigen Lehrers werden Koffer und Transistor- und Tonbandgeräte und Bügel mit Kleidung in das Zimmer hinaufgetragen, wo der neuankommende Schüler während der nächsten fünf Monate wohnen soll. Er weiß im voraus, was eine Heimvolkshochschule ist, denn seine Eltern und einige seiner Kameraden haben auch eine solche besucht und einem solchen Aufenthalt ihre wärmsten Empfehlungen gegeben.

Wie verschieden hiervon muß doch die Schülergruppe gewesen sein, die am 7. November 1844 von Rødding Højskole Besitz ergriff. Sie kamen in rumpelnden, von Pferden gezogenen Wagen an, ihre Kleidung hinten auf der Pritsche. 20 von den 22 Schülern waren aus Schleswig. Es war keine einfache Aufgabe, an die der erste Vorsteher der Schule und seine Lehrer herangingen. Damals waren die Bauern mißtrauisch gegenüber allem Neuen und Unerprobten, und nun sollten diese Bauernknechte Versuchskaninchen für eine Schulform sein, die niemals

früher erprobt worden war.

Der erste Schülerkurs wurde auf Höfen im Dorf einquartiert. Diese Lösung erwies sich jedoch als unglücklich. Die Versuchung zum Trinken, Rauchen und Kartenspiel war zu groß, und schon im Jahr darauf wurde in der Schule ein Schülerheim mit 30 Plätzen eingerichtet.

Als ersten Vorsteher hatte Flor den jungen Kandidaten der Theologie Johan Wegener ausersehen, dessen Eröffnungsrede für die Zukunft von Interesse ist. „Eine Schule für das Leben“ war es, keine für den sozialen Aufstieg, was schon dieser Volkshochschulpionier hier im Auge hatte. Außerdem erwähnte er die aktuelle nationale Frage, und in dieser Verbindung unterstrich er, das Vaterlandsliebe im besten Sinn keinen nationalistischen Fremdenhaß beinhaltet:

„Sein Vaterland zu lieben bedeutet nicht, seine Feinde zu hassen, und noch weniger, seine Augen vor dem zu verschließen, was es bei anderen Nationen an sehr Schönerm und Gutem gibt. Das deutsche Volk ist ein großes und herrliches Volk und es steht Skandinavien verwandtschaftlich am nächsten. Verwandtschaft, Geistesbildung und Geistesrichtung, gemeinsame Interessen, dieselben Leiden und Befürchtungen, dieselben Tugenden und Fehler sollten dieses Volk zu unserem besten Freund machen.“

Wegener hatte große Erwartungen in die Heimvolkshochschularbeit gesetzt, aber die Schüler, etwa 16 bis 27 Jahre alt, waren viel „roher und unwissender“, als er es sich gedacht hatte. Nach Ende des Wintersemesters beschloß er, eine Pfarrstelle zu beantragen. Er wurde von Flor abgelöst, der seine Professur in Kiel aufgab, um nach Rødding zu übersiedeln. Schon im Winter 1845/46 hatte die Schule 42 Schüler aus ganz Dänemark, Während des Krieges 1848/50 mußte die Schule schließen, aber im Winter 1850 wurde sie mit dem später liberalen Politiker Sophus Høgsbro wiedereröffnet. Als er sein Programm vorlegte, pries er die demokratische dänische Verfassung von 1849, unterstrich aber auch die Verantwortung, welche damit verbunden war. Nach Høgsbros Ansicht sollte die Heimvolkshochschule auf eine bürgerlich-völkliche Erweckung hinzielen. Die Schüler sollten eine Handreichung bekommen, ihre eigene Zeit zu verstehen. Darum legte er besonderes Gewicht auf die moderne Geschichte und die Gesellschaftssituation. Hier kam man dem Ideal der Sorø-Schule am nächsten. Heute — 125 Jahre nach Sophus Høgsbros Zeit — baut Rødding Højskole in vielem auf den gleichen mitbürgerlichen Gedanken auf.

1861 verließ Høgsbro die Schule, um sich seiner politischen Tätigkeit zu widmen. Nach 1864 und der Abtrennung Schleswig-Holsteins verkümmerte die Schularbeit infolge Drucks deutscher Behörden, aber 1920, nach der Wiedervereinigung Nordschleswigs mit Dänemark, erfolgte die Wiedereröffnung von Rødding Højskole.

Während Rødding Højskole durch akademische Initiative entstand, waren die anderen Volkshochschulen hauptsächlich ein Resultat der eigenen Aufklärungsbemühungen der örtlichen Bauern und durch Aktienzeichnung

entstanden. Niemand hat stärker als Christen Kold (1816-70) der dänischen Heimvolkshochschule das ausgewogene und heimatliche Gepräge gegeben, welche sie nach wie vor kennzeichnet. Kold war Sohn eines Flickschusters in Thisted und auf einem Lehrerseminar ausgebildet. 1851 begann er zum Teil mit eigenen Händen eine kleine strohgedeckte Heimvolkshochschule auf dem Grund und Boden eines Kätners bei Ryslinge auf Fünen zu erbauen, unterstützt durch einen Beitrag, den Grundtvig und andere für ihn gesammelt hatten. Später hielt er in Dalum bei Odense Schule ab.

Seine aufrüttelnden Reden, stets konkret und auf den Augenblick bezogen, waren auch dem Einfältigen begreiflich. Am Abend, wenn der Unterricht aus war, kam er gerne dorthin, wo die Schüler versammelt waren, setzte sich auf eine Bank und ließ sich auf Gespräche mit ihnen ein. Die Antworten, welche dieser getaufte Sokrates im Bauernwams aus Haarloden auf an ihn gestellte Fragen gab, waren unerschöpfliche Quellen der Inspiration für seine früheren Schüler während ihres ganzen restlichen Lebens. So suchte er die Schüler zu geistigem Leben und zur Liebe zu Gott und den Nächsten zu erwecken. Charakteristisch für ihn war, daß er während eines Gesprächs mit einem Mann, der ihn fragte, was er eigentlich mit den Jugendlichen wolle, seine Taschenuhr hervorsuchte, sie aufzog und sagte, so wolle er, „bildlich“ gesprochen, die Menschen aufziehen, damit sie niemals stehenblieben!

Während Grundtvig die großen Visionen hatte, war Kold der praktisch arbeitende Schulmann. Es gibt keinen Zweifel, daß Grundtvig Kold zu den besten Volkshochschulaktivisten zählte. Kold betonte das Häusliche und Vertrauensvolle im eigentlichen Schulleben und wurde ein Beispiel für die künftigen Volkshochschulmänner.

Wenn die Heimvolkshochschule in Rødding und die von Kold errichteten hier so ausführlich behandelt sind, so liegt der Grund darin, daß jede für sich, sogar bis in unser Jahrhundert hinein, eine große Bedeutung gehabt haben. Es gibt Heimvolkshochschulen, die nach denselben pädagogischen Prinzipien wie Rødding Højskole betrieben wurden, und Heimvolkshochschulen, die den Richtlinien zu folgen versucht haben, die von Kold geschaffen wurden. Viele haben sich bemüht, Kolds persönlichkeitsbildende Verkündigung mit den stärker nach außen gerichteten Zielen und der staatsbürgerlichen Erziehung in Rødding zu vereinigen. Es waren dies die tonangebenden Pioniere in den Durchbruchsjahren der Heimvolkshochschulen. Aber wie ist die heutige Situation?

Dänemark im Wandel (Danmark under forvandling) hieß ein vieldebattiertes Buch, das vor einigen Jahren vom Dänischen Rundfunk herausgegeben wurde. Seine Problemstellung ist symptomatisch für die ganze Nachkriegszeit. Während dieser Zeit erlebte Dänemark eine Industrialisierung, die nicht weniger durchgreifend war als die Englands vor 150 und noch mehr Jahren.

Kennzeichnend für diese Zeit ist es, daß die Heimvolkshochschulen in ständig steigendem Umfang von der Stadtjugend besucht worden sind. Umgekehrt fiel die Anzahl der Bauernsöhne und -töchter. 1976/77 gab es zusammen 86 Volkshochschulen mit ungefähr 9000 Schülern auf Langkursen (5 Wochen und mehr). Das waren 11 % von einem Jahrgang der Zwanzigjährigen. Rødding Højskole wird jährlich von ungefähr 140 Schülern auf Langkursen besucht, sie kommen nicht nur aus Dänemark. Es gibt auch Schüler aus anderen Ländern, Unterrichtssprache ist aber Dänisch. Eine Voraussetzung für die Gewährung einer Schülerbeihilfe durch den Staat ist, daß die Schüler bei Kursbeginn 17 ½ Jahre alt sein müssen. Der staatliche Zuschuß kann bis 70 % des anerkannten wöchentlichen Ausgabebetrages erreichen.

Die dänischen Heimvolkshochschulen haben die einmalige Stellung, daß der Staat sie unterstützt, ohne sich in ihre Angelegenheiten einzumischen. Das Volkshochschulgesetz von 1970 baut auf dem historisch festgelegten Begriff auf, daß eine Volkshochschule eine allgemeinbildende Schule ist, welche nicht auf Examen und fachliche Ertüchtigung zur Verwendung im Berufsleben hinzielt. Eine Bedingung für die Anerkennung und staatliche Beihilfe ist, daß eine Volkshochschule als Internatsschule eingerichtet ist. Sie kann aber auch zu Haus wohnende Schüler zum Unterricht und Beisammensein aufnehmen. Die Kursdauer kann 40 Wochen betragen, aber es können auch Kurse bis hinunter zu einwöchiger Dauer anerkannt werden.

Einen Eindruck von den Unterrichtsfächern einer der grundtvigianisch geprägten Heimvolkshochschulen kann der Studienplan von Rødding Højskole im Winter 1978/79 geben. Demgemäß gruppiert sich der Unterricht besonders um die Muttersprache, Weltgeschichte, Literatur, Gesellschaftsverhältnisse und naturwissenschaftliche Fächer. Außerdem gibt es die Möglichkeit zu anderen Aktivitäten wie dramatisches Fach, Textilarbeiten, Gesang, Musik und Turnleiterausbildung. Der einzelne Schüler kann in großem Umfang seinen wöchentlichen Stundenplan selbst zusammenstellen nach Interesse und Bedarf. In den späteren Jahren sind neue Arbeitsformen eingeführt worden. Der normale Stundenplan, auf welchem sich verschiedene Unterrichtsfächer und Studiengruppen im Verlauf des Tages ablösten, ist in mehreren Schulen durch einen periodisch geteilten Unterricht in kleinen Gruppen ersetzt, der sich sowohl auf theoretische als auch auf kreative Fächer erstreckt und bei welchem die Lehrer und Schüler gleichgestellt Zusammenarbeiten. Aber auch hier ist die Wechselwirkung zwischen Lehrer und Schüler durch Gespräche — durch das lebendige Wort, wie es Grundtvig verstand, und das häusliche Gepräge, das Christian Kold so stark betonte — von größter Bedeutung.

„UND ALS DIE ZEIT ERFÜLLET WAR“

„Und als die Zeit erfüllet war“, erscholl der „Fanfarenruf“ des Mannes, der als Urheber des eigentlichen Volkshochschulgedankens gilt, des „Skalden“ Nikolai Frederik Severin Grundtvig. Die in gärender Zeit entstandenen Bildungsgedanken bekamen durch ihn den hohen Flug und die große Schwungkraft, durch die sie zu einer Grundlage des kulturellen und wirtschaftlichen Lebens Dänemarks werden sollten. Grundtvig kam es in seiner Bildungsarbeit in erster Linie auf die innere Haltung des Menschen an; wissenschaftliche Ausbildung kam bei ihm erst in zweiter Linie.

Axel Henningsen in „Beiträge zur Geschichte der Erwachsenenbildung in Schleswig-Holstein“, S. 22 f.

Die alte Tingleffer Volkshochschule aus der Sicht des Nachbarhauses

Sommer 1908 — neben dem Bauernhöfe, auf dem ich im Juni geboren wurde, hämmerte und rumorte es in allen Tönen, die über einer Baustelle liegen. Diese Baustelle war der Platz, auf dem zuvor unser Nachbarhof stand, der nunmehr aber abgebrochen worden war, um einem Neubau für die noch im alten Hause 1905 errichtete erste deutsche Heimvolksschule in Schleswig-Holstein Platz zu machen. — Natürlich kann ich nicht aus eigener Erfahrung von dem Hämmern berichten; sicher aber habe ich es gehört, denn sicher wird meine Mutter den Erstgeborenen in der Nachbarschaft vorgeführt haben.

Meine eigenen deutlichen Erinnerungen an die Volkshochschule als Nachbar begannen etwa um 1915, als aus den geöffneten Fenstern der großen Küche der Schule morgens der Gesang der Schülerinnen in unser Schlafzimmer tönte. Allen voran höre ich heute noch die Stimme Ilse Walthers, der Haushaltslehrerin, die das Rasseln der Töpfe und das Klingeln der Kaffeetassen übertönte, und einen nicht geringen Liederschatz nenne ich seitdem meinen eigenen. Dann der kleine rote Kinderstuhl, den mein Bruder und ich etwa 1916 von den Damen Werther und Walther erhielten! Heute sitzen meine Enkelkinder darauf. Aus der Volkshochschule kamen solide Sachen! Das gilt für das, was man dort praktisch lernte, das gilt noch mehr für das, was man für das Leben lernte. Noch heute spüre ich etwas von der Wirkung dieses Hauses und seiner ausstrahlenden Kraft auf unsere Familie — und wenn ich die Dinge in unserer Heimat betrachte, dann kann die Bedeutung der Investition dieser Einrichtung in ihrem Wert für die deutschen Nordschleswiger nicht hoch genug eingeschätzt werden.

Aber zuvor noch aus der frühen Zeit einige kleine Dinge: Die Schule war in ihrem Garten auf dem wichtigen Gebiet der Ernährung durch Gemüse selbst versorgt. Mit Staunen sahen wir, wie man einen Garten und was man aus ihm machen kann. Vieles andere war bescheiden, nicht so perfektioniert. Die Milch holte man auf dem Nachbarhof von Peter Damm — in zwei großen Eimern täglich — im Stall natürlich. Bei Kaufmann Damm hatte man ein „Kontobuch“. Sparsam war man auch, denn als ich in späteren Jahren zur Schule nach Flensburg radelte, mußte ich montags etwa 30 bis 50 Briefe mitnehmen: Nachbarschaftsdienst — man wollte das Auslandsporto sparen. Als einmal eine Milchflasche entzweiging, wurden die Briefe zu einem feuchten Klumpen; ich steckte sie in den Postkasten. Es kamen keine Beanstandungen. Ob die Briefe jedoch ankamen, weiß ich freilich auch nicht. In der Weihnachtszeit bewunderten wir die beiden großen Tannenbäume, von denen besonders der eine mit großem Arbeitsaufwand geschmückt war.

Tausende von Lamettafäden hingen dicht bei dicht senkrecht nebeneinander von den Zweigen herunter, so daß der Baum wie ein zu Eis erstarrter Wasserfall aussah.

Oft kamen die Lehrerinnen in das Haus meiner Großeltern (mein Großvater gehörte zu den Mitbegründern der Schule) oder in das Elternhaus. Vieles bekam das Kind mit, wenn es auch keineswegs alles verstand, aber ich konnte doch hören, daß man trotz der Festlichkeit des Lebens „drüben“ auch seine Sorgen hatte. Die Damen weinten sich über dieses und jenes aus. Meine Mutter war eine verständnisvolle Zuhörerin. Bilderbücher, Sprüche, Lieder — vieles kam zu uns und lebt noch heute. Einmal erzählte Fräulein Werther, daß man in Amerika nun Musik aus der Wand hören könnte. Das war die erste Kunde vom Radio in Tingleff. Später lernte ich als Gymnasiast die Bedeutung der Volkshochschule für die Ausgestaltung der deutschen Feste im Dorf und vor allem ihre Bedeutung als Zentrum für die „Jugendtagungen“ Schmidt-Wodders, denn so darf man sie wohl nennen, kennen. Man kann es nicht fassen, aber es ist dagewesen — ich meine den Einfluß, den unter glücklichen Umständen eine solche Schule auf ein Dorf haben kann. Es gehen Anregungen und Prägungen im Geschmack von ihr aus — so hieß es in meiner Kindheit: Komme man in Nordschleswig in eine Familie, dann könne man an der Art, wie die Hausfrau die Blumen in die Vase stelle, erkennen, ob sie „in Tingleff“ gewesen sei oder nicht. — Es gehen, wenn auch schwer erkennbar, Anregungen und Prägungen in das Leben des unmittelbaren Nachbarn ein, auch wenn man sich dessen nicht bewußt ist.

Vor mir liegt in zwei imponierenden Bänden die Chronik der ersten Volkshochschule, die Martha Werther, Vorsteherin über viele Jahrzehnte, verfaßt hat. Wenn man die sauberen großen Buchstaben Martha Werthers liest, ist es, als ob diese bedeutende Frau vor einem stünde und von einem Pult aus vortrüge. Ein klarer und kluger Bericht verbindet sich mit Zeitungsberichten, Annoncen, Fotos und wichtigen anderen schriftlichen Dokumenten. Alles zusammen ergibt ein Werk, das m. E. zu den kostbarsten politisch-literarischen Zeugnissen des deutschen Nordschleswigertums gehört.

Ein Brief Schmidt-Wodders, geschrieben an Propst Kier am 17. November 1904 (Propst Kier, Tondern, gehörte zu den maßgebenden Initiatoren der Schule, obwohl dem Aktenstudium zufolge man der Frau des Pastors Johannsen in Tingleff zubilligen muß, daß von ihr der erste Gedanke einer solchen Gründung ausging), gibt einen sehr lebendigen, umfassenden Eindruck von dem geistigen Leben auf deutsch-nordschleswiger Seite um 1900 bis 1910. Hier werden die nationalen Spannungen angesprochen, hier werden die verschiedenen Auffassungen im deutschen Lager, wie man aus deutscher Sicht das Leben in Nordschleswig gestalten könne, deutlich. Schon in diesem Brief versucht Johannes Schmidt, Wesen und Ziel der zu schaffenden Schule zu umreißen, wenn

er schreibt: „Die Lösung ist mehr Bildung, so sagen Sie. Ich bin froh, darin mit Ihnen völlig einig zu sein, und zwar allgemein mehr Bildung, nicht speziell Fachbildung; das muß etwas für sich bleiben. Sollte man zur Unterscheidung ein kurzes Wort hinzufügen, so wäre es etwa Lebensbildung“, und dann einige Leitsätze zu formulieren versucht: „Es gilt, vertraut zu machen mit der Heimat in Geschichte und Sagen; mit seiner Natur und Kultur, seiner Arbeit und seiner Dichtung, seiner Lage im Weltverkehr und seinen heimischen Einrichtungen. Es ist ein Einführen in die Macht der Selbsthilfe und des Gemeinsinns. — Es ist im Rechnen und Schreiben die Beherrschung dieser Stoffe zu üben, im deutschen Unterricht die Kenntnis dieser Faktoren zu ermitteln, in einer Art sozial-ethischen Unterrichts den Anschluß an die tragenden Mächte des Völkerlebens und die Leitung durch ein reines und mutiges Gewissen als Angelpunkte einer festen, inneren Haltung herauszustellen. Es ist gute Geselligkeit in Spiel, Gesang, Handfertigkeit und Lesen zu pflegen.“

Man sieht, es gibt wenig Neues unter der Sonne. Im Grunde ist es der klassische Volkshochschulgedanke Grundtvigs, der hier auf deutsche Verhältnisse übertragen wird. Und so finden diese Gedanken ihren klaren Ausdruck in einem gedruckt vorliegenden „Programm“, das der Nordschleswigsche Volkshochschulverein, der Träger der Schule, am 1. Juli 1907 veröffentlichte.

Diesem Aufruf ist wenig hinzuzufügen, denn zwar sind unsere heutigen Vorstellungen von der Volkshochschule nicht viel anders, wohl aber ist die Methode heutiger Volkshochschulen eine grundlegend andere, indem die heutige Volkshochschule in Stadt und Land Arbeitsgebiete an sich zieht, vielleicht an sich ziehen muß, die an sich besser in einer richtigen Schule mit Examina und Berechtigungsscheinen usw. ihren Platz hätten. Wir wissen, aus welchen Gründen der Internatsgedanke heute in der Praxis oft schwer zu verwirklichen ist. Freuen wir uns darüber, daß er in Tingleff in der Nachfolgezeit noch praktiziert wird.

Es ist außerhalb meiner Kompetenz, mich zu den heute möglichen oder notwendigen Formen der Volkshochschularbeit zu äußern, wenngleich ich im Verlauf meines Berufslebens auch mit dieser Problematik befaßt worden bin. Aber ich darf ein uneingeschränktes Bekenntnis zur Heimvolkshochschule als solcher ablegen. Ihre Bedeutung für einen kleinen dörflichen Lebenskreis habe ich eingangs anzudeuten versucht. Sie muß in menschlicher Beziehung sehr hoch eingeschätzt werden, gehen doch von einer echten Lebensschule, in der Klarheit, Toleranz, Humor und Freude walten, Impulse aus, die nicht spurlos am Nachbarn vorübergehen. Die Bedeutung der alten Tingleffer Schule für die menschliche, die geistige und die deutsch-politische Gestaltung heimatlichen Lebens jedoch kann überhaupt nicht hoch genug eingeschätzt werden. Man wird sagen dürfen, daß ohne die Tingleffer Schule die deutsche Volksgruppe nicht das klare Profil gewonnen hätte, das sie sich in den Stürmen der Zeit erarbeitet und bewahrt hat.

Diese Feststellung ist der Versuch eines nachbarlichen Dankes und Ausdruckes einer Überzeugung, daß man auch heute in einer Heimvolkshochschule nicht für die Schule, sondern für das Leben lernen kann — für ein Leben, in dem man sich selbst sucht und findet, aber auch für andere da ist.

Sankelmarker Impressionen

Der durch die Schnee-Katastrophe südlich der Grenze in Sankelmark um eine Woche verspätete Jahres-Auftakt des Bundes deutscher Nordschleswiger in der in idyllisches Weiß gekleideten Akademie konnte sowohl qualitativ als auch quantitativ überzeugen: die insgesamt 160 Teilnehmer, darunter erfreulich viele neue, jüngere Gesichter, bekamen in den drei Tagen ein Angebot serviert, das in der Güte dem entsprach, was die Akademie Sankelmark seit Jahrzehnten den deutschen Nordschleswigern stets am Jahresanfang vor- und zubereitet.

Es gab viele Höhepunkte: die Ein-Mann-Show des Erhard Jakobsen gehörte ebenso dazu wie die überzeugend-sachliche Darstellung der deutschen Politik durch den stellvertretenden F.D.P.-Bundesvorsitzenden Uwe Ronneburger.

Aber Sankelmark hatte natürlich erneut seinen Schwerpunkt in der eigenen Arbeit, in der eigenen Position der Volksgruppe, die es in Anbetracht wissenschaftlicher Dokumente zu überdenken galt. Die Forschungsarbeit der drei Århuser Lektoren war dabei, obwohl sie aus dem Jahre 1971 stammt, wertvoller als die im vergangenen Jahr durchgeführte Bonner Untersuchung, die allerdings dadurch im Nachteil war, daß die Ergebnisse noch nicht richtig ausgewertet worden sind.

Sicherlich, die eine oder andere Wortmeldung ließ deutlich werden, daß sich viele deutsche Nordschleswiger in den Fragestellungen und Daten der Wissenschaftler selbst nicht wiederfanden, aber dennoch trug die Diskussion insbesondere mit den Århus-Lektoren dazu bei, gewisse Meinungsverschiedenheiten darüber auszuräumen, gewisse Ergebnisse auch zu differenzieren. Dies galt auch für die Århuser, die klarmachten, daß die von manchen aus dem Zusammenhang herausgerissene Feststellung, die Volksgruppe sei in zwei oder drei Generationen ernsthaft gefährdet, ein verzerrtes Bild ihrer Forschungsarbeit wiedergegeben habe.

Allerdings zeigten sie einige Warnsignale auf, die – wenn sie übersehen werden oder wenn die Entwicklung wie mit statistischer Feder unverändert fortlaufe, ernst zu nehmen sind; nur – wie Peter Iver Johannsen unterstrich – eine solche Kurve ist natürlich deshalb nicht zu zeichnen, weil sich die Verhältnisse ständig ändern; Verhältnisse, die ja nun auch der deutschen Volksgruppe nicht nur Nachteile zu bringen brauchen.

Zu den interessanten Teilen des Sankelmarker Programms zählten auch die Referate über die wirtschaftliche Situation in Nordschleswig und die zum Abschluß der Tagung auf die Volksgruppe gerichteten „dänischen Augen“. Ob nun mit dem Reisesekretär von Grænseforeningene, Frederik Rudbeck, mit dem ehemaligen Amtsrats-Abgeordneten H. P. Jensen und dem Chefredakteur von „Jydske

Tidende“, Erik Randel, eine sozusagen repräsentative Optik auf die deutsche Volksgruppe eingestellt war, läßt sich bezweifeln (manches klang mündlich nicht so, wie man es oft lesen kann), aber es traten doch auch Unterschiede auf; zum Beispiel zwischen Rudbeck auf der einen und Randel und nicht zuletzt H. P. Jensen auf der anderen Seite. Daß die Toleranzschwelle gegenüber der deutschen Volksgruppe schon wirklich dem Bild entspricht, das der „Jydske“-Chefredakteur vermittelte, bestritten viele Tagungsteilnehmer, aber es wurde als positiv empfunden, daß atmosphärisch jetzt auch nördlich der Grenze mehr möglich ist als noch vor wenigen Jahren; trotz manch bedauerlicher Rückfälle.

Eine Abkapselung, eine Isolierung, die es gemäß dem Århuser Ergebnis leichter machen würde, die deutsche Volksgruppe auch zahlenmäßig zusammenzuhalten, wäre jedenfalls genau der falsche Weg. Identität und Integration sind oft ein zweischneidiges Schwert, bergen Risiken in sich, die sicherlich auch zu Verlusten geführt haben, aber Gerhard Schmidt traf den Kern, als er in seiner Schlußbemerkung betonte, daß es für die deutsche Volksgruppe zu dieser Politik keine Alternative gebe.

Die Wahrung der eigenen Identität muß selbstverständlich als Grundlage gesichert sein, aber die Sankelmarker Tage deuteten an, daß eine Tendenzwende – zum Beispiel durch eine noch stärkere regionalisierende Akzentuierung der politischen Arbeit – vielleicht schon unterwegs ist.

„Der Nordschleswiger“ 16.1.1976

*

Das neue Institut für regionale Forschung und Information

„Nicht in Historizismus oder Nostalgie“ will sich das neue „Institut für Regionale Forschung und Information“ erschöpfen, sondern auch „Dinge anpacken, die nach vorne greifen“, umschrieb der Vorsitzende des Deutschen Grenzvereins, Minister a. D. Dr. Hartwig Schlegelberger die Aufgaben des im Mai letzten Jahres gegründeten Instituts, dessen Träger der Grenzverein ist. In der Bundesrepublik bestehe immer noch ein „bißchen Landunter“ beim Wissen über den Landesteil Schleswig, erklärte er in einer Pressekonferenz in Flensburg. Zusammen mit dem Leiter des Instituts, dem ehemaligen Präsidenten des Landesrechnungshofes, Staatssekretär a. D. Reinhold Borzikowsky gab Schlegelberger dabei einen Überblick über die bisher geleistete Arbeit des Instituts und stellte auch das erste Forschungsprojekt vor, das mit Hilfe des Instituts vollendet und als Buch gedruckt werden konnte: eine Untersuchung über „Landschaftswandel und Umweltbeeinflussung im nördlichen Landesteil Schleswig“ von Dr. Wolfgang Riedel. (s. Buchbesprechung Seite 50).

Der Aufbau des Instituts – Kurzname: IFI – ist nach Schlegelbergers Worten jetzt

abgeschlossen. Der Forschungsrat, in dem unter anderem Pädagogische Hochschule und Fachhochschule, IHK und Handwerkskammer, das Landes- und das Flensburger Stadtarchiv vertreten sind, arbeitete bereits vor der Gründung im Mai. Inzwischen ist auch der Aufbau des Kuratoriums abgeschlossen. Vorsitzender ist der Kieler Jura-Professor Georg-Christoph von Unruh, sein Stellvertreter der Präsident der Flensburger Industrie- und Handelskammer, Dr. Hans-A. Rossen. „Mit Rat und hin und wieder mit Tat der Arbeit des Instituts zur Seite stehen“, umriß Prof. von Unruh seine Aufgabe. Es sei nicht die Aufgabe des Instituts, selber zu forschen, sondern es wolle Forschung anregen, koordinieren und finanzieren, formulierte Borzikowsky. So wurden unter anderem die IHK, die PH, die Universität und die beiden Kreise Schleswig-Flensburg und Nordfriesland auf ihre Forschungswünsche angesprochen. Eine Liste von 120 bis 140 Themen war die Antwort, etwa 75 – so Borzikowsky – kristallisierten sich als Aufgaben für die nächste Zukunft heraus. Darunter sind zum Beispiel eine Analyse des deutschen Reiseverkehrs, Untersuchungen über Zu- und Abwanderung im Landesteil Schleswig, über Sprachprobleme oder auch die Städteplanung beiderseits der Grenze, wie auch ein Vergleich der beiden Rechtssysteme. Außerdem sollen das Verhalten der deutschen Minderheit im Zweiten Weltkrieg aufgearbeitet und die Förderung der beiden Minderheiten durch ihre Herbergsstaaten untersucht werden.

Dem Institut stehen für die nächsten Jahre Jahresetats von ungefähr 400.000 bis 500.000 Mark zur Verfügung, von denen etwa 200.000 Mark jeweils für Projekte ausgegeben werden sollen. Die Auswahl der Themen, die gefördert werden, trifft zwar das Institut, die Forschung selber aber wird – so Borzikowsky – „auf freier Basis“ stattfinden. Das Institut für regionale Forschung und Information sei die „ Holding“, die sich beispielsweise der Forschungsstelle für regionale Landeskunde an der Flensburger PH, der PH oder der FH selber bediene, um „auf ganz breitgefächerter Basis die Probleme der Dokumentation oder Erforschung anzupacken“. Wie Borzikowsky weiter erklärte, näherte sich auch der Aufbau der Dokumentationszentrale, die räumlich bei der Zentralbücherei untergebracht ist, ihrem Abschluß.

„Flensburger Tageblatt“ 19.1.1979

*

Zweiter Schleswig-Holstein-Tag des SHHB am 10. Juni 1979

Auf seiner letzten Sitzung im Jahre 1978 hielt das Landeskuratorium Schleswig-Holstein-Tag „Manöverkritik“ über die Veranstaltungen im September 1978 und beriet über den zweiten Schleswig-Holstein-Tag im Jahre 1979.

Der Schleswig-Holstein-Tag 1978 wurde in Bad Segeberg, Kiel, Kreis

Dithmarschen, Kreis Herzogtum Lauenburg, Kreis Ostholstein, Kreis Steinburg/Itzehoe und Kreis Schleswig-Flensburg/Idstedt und Schleswig begangen. Bei allen Veranstaltungen zeigte sich, daß der Bürger angesprochen werden muß und mitmachen will. Angesichts der verhältnismäßig kurzen Zeit war nicht zu erwarten, daß der Gedanke des Schleswig-Holstein Tages landesweit Fuß fassen konnte, jedoch sind Sinn und Zweck dieses Tages durch die große Teilnahme bei allen Veranstaltungen in den verschiedenen Landes teilen bestätigt worden.

Für den zweiten Schleswig-Holstein Tag hat das Landeskuratorium den 10. Juni 1979 bestimmt, den Tag, an dem auch die Wahlen zum Europäischen Parlament stattfinden und bundesweit der Tag des Sportes begangen wird. Diese Themen werden in übergreifender Form mit dem Schleswig-Holstein-Tag verbunden; umfassendes Thema für den Schleswig Holstein-Tag 1979 ist „Sport und Musik“.

*

Zum Tode von Per Hækkerup

Als Per Hækkerup seine Teilnahme an der Januar-Tagung des Bundes deutscher Nordschleswiger zweimal wegen Grippe absagen mußte, ahnten enge Freunde schon das drohende Unheil, und inzwischen wissen wir, daß Per Hækkerup nicht mehr nach Christiansborg zurückkehren wird. 63jährig ist er gestorben, nachdem er sich bis zuletzt ständig durch seinen Freund, Finanzminister Knud Heinesen, über die schwierige politische und ökonomische Situation hatte informieren lassen und nachdem er sich noch am Wochenende in der Venstre-Presse ein letztes Mal an die dänische Bevölkerung mit der eindringlichen Warnung vor übersteigertem Egoismus gewandt hatte. Per Hækkerup war nie Regierungschef, aber er war wohl der einflußreichste dänische Politiker in einem Vierteljahrhundert !

Der Verstorbene war mit Leib und Seele Innen- und Außenpolitiker: als ein Bewunderer von Stauning hatte Hækkerup die Kunst des Möglichen schnell zur Maxime seiner Politik gemacht. Ohne jemals seine Wurzeln in der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung zu verleugnen, war Hækkerup ein Mann der Mitte.

Daß der frühere Bundeskanzler Willy Brandt den dänischen Minister für wirtschaftliche Koordination in einem Nachruf gewürdigt hat, entspricht den außenpolitischen Verdiensten Hækkerups: er legte mit den Grundstein zum dänischen NATO und EG-Beitritt und als überzeugter Europäer und Internationalist hat er ganz maßgeblich an der positiven Gestaltung der deutsch-dänischen Beziehungen nach dem Kriege mitgewirkt. Hækkerup war ein aufrichtiger Freund Deutschlands. Seine Ernennung zum Ordensträger Wider den tierischen Ernst beim Aachener Karneval, seine mit Frau und Kindern per Fahrrad

im Urlaub absolvierte Tour de Deutschland, seine zahlreichen Begegnungen mit deutschen Parteifreunden wie Willy Brandt und Helmut Schmidt und seine häufige Anwesenheit bei der „Kieler Woche“ machten ihn in Deutschland nicht nur zu einem politisch geschätzten Gesprächspartner, sondern zu einem auch in breiten Kreisen der Bevölkerung bekannten Politiker mit menschlichem Antlitz, mit all seinen Schwächen und Stärken.

Deshalb trauern nicht nur Dänen, sondern auch Deutsche auf beiden Seiten der Grenze um Per Hækkerup.

*„Der Nordschleswiger“, 15. März 1979 **

*

Interesse an europäischen Direktwahlen

„Ein ausgeprägtes Interesse an den europäischen Direkt-Wahlen, weil in der Bevölkerung das Unbehagen darüber groß ist, daß vieles in der Dunkelkammer des Ministerrates entschieden wird, was die Menschen direkt betrifft“, stellte Ludwig Fellermaier, Vorsitzender der sozialistischen Fraktion des Europäischen Parlaments, fest. Im Rahmen einer Fraktionssitzung in Kiel besuchte ein Teil der Fraktion in Flensburg Einrichtungen der dänischen Minderheit, während andere Abgeordnetengruppen sich mit Fragen der Milchwirtschaft beschäftigten, Fischereigenossenschaften in Heiligenhafen besuchten oder sich der Werft-Probleme an- nahmen.

Komplimente machten die europäischen Abgeordneten dem Zusammenleben von Mehrheit und Minderheit an der deutschdänischen Grenze. Angesichts der Spannungen in Nordirland und des Sprachenstreits in Belgien könne die Situation im Norden Schleswig-Holsteins „als Modell in Europa“ gelten. Der Däne Erik Holst, Vize-Präsident des Europäischen Parlaments, sprach von einer „vollständigen Respektierung der nationalen Eigenheiten“.

„Flensburger Tageblatt“, März 1979

*

Bekanntnis zur deutschen Minderheit

„Auf der Grundlage der Bonn-Kopenhagener Erklärungen von 1955 bekennen wir uns zur deutschen Minderheit in Nordschleswig, der unsere unveränderte ideelle und materielle Verbundenheit gilt“, erklärte Ministerpräsident Stoltenberg u. a. in seiner Regierungserklärung vor dem Schleswig-Holsteinischen Landtag zum Abschluß der Legislaturperiode. In dem Abschnitt zur Minderheiten- und Grenzpolitik erklärte er weiter: „Wir betonen unsere Entschlossenheit, die Angehörigen der dänischen Minderheit als gleichberechtigte Mitbürger in unserem

Land in ihrer Arbeit zu unterstützen. Das Land hat die Mittel für die Kulturarbeit der dänischen Minderheit von 1972 um fast hundert Prozent auf insgesamt fast 19 Millionen DM im Jahre 1978 angehoben. Eine weitere nicht unerhebliche Steigerung bringt in diesem Jahr die erneute Heraufsetzung der Schulzuschüsse. Bedeutender Faktor im Grenzland sind nach wie vor die deutschen Grenzverbände.

Schleswig-Holstein ist durch seine Geschichte und die geographische Lage Durchgang und Brücke zwischen Mitteleuropa und dem Norden. Auch in den letzten vier Jahren wurden im Zeichen des engeren Zusammenwachsens der europäischen Staaten und Völker die Kontakte zwischen Schleswig-Holstein und dem Nachbarn Dänemark aufgebaut und vertieft. Dieses Zusammenwirken erfolgt pragmatisch zur Lösung konkreter Fragen und Probleme. Äußerer Höhepunkt dieser gutnachbarlichen Beziehungen war der Besuch der dänischen Königin im Juni vorigen Jahres im Landesteil Schleswig.“

„Der Nordschleswiger“, März 1979